

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Europäischen Versammlung für Sicherheit und Verteidigung/Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU V)

Tagung der Versammlung vom 2. bis 4. Juni 2009 in Paris

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Teilnehmer	1
II. Zusammenfassung	1
III. Schwerpunkte der Beratungen	2
IV. Von der Versammlung verabschiedete Empfehlungen und Entschlüsse ...	13

I. Teilnehmer

Die 56. Vollversammlung fand vom 2. bis 4. Juni 2009 in Paris statt. Der Deutsche Bundestag entsandte die folgende Delegation:

Abg. **Gerd Höfer** (SPD), Leiter der Delegation

Abg. **Eduard Lintner** (CDU/CSU), stellv. Leiter der Delegation

Abg. **Ulrich Adam** (CDU/CSU)

Abg. **Kurt Bodewig** (SPD)

Abg. **Hubert Deitert** (CDU/CSU)

Abg. **Axel E. Fischer** (CDU/CSU)

Abg. **Joachim Hörster** (CDU/CSU)

Abg. **Harald Leibrecht** (FDP)

Abg. **Rainer Steenblock** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

II. Zusammenfassung

Schwerpunkte der Beratung waren die laufenden militärischen und zivilen Operationen im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), die europäische Strategie in Afghanistan, die Rolle der Europäischen Union (EU) bei der Bekämpfung der Seeräuberei und die europäischen Programme zur Entwicklung

und Herstellung gepanzerter Fahrzeuge. Außerdem beschäftigte sich die Versammlung mit den Auswirkungen der politischen Situation im Nahen Osten auf die europäische Sicherheit.

Botschafter **Dr. Clemens von Götze**, Ständiger Vertreter bei der Westeuropäischen Union (WEU), deutscher Vertreter im Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee der Europäischen Union, und Leiter der politischen Abteilung der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union in Brüssel, richtete als Vertreter der Bundesregierung aus Anlass der deutschen Ratspräsidentschaft in der WEU im ersten Halbjahr 2009 das Wort an die Versammlung.

Die WEU V beriet Berichte und verabschiedete Empfehlungen und Entschlüsse zu den folgenden Themen:

- **Neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit in der EU-US-Außen- und Sicherheitspolitik – Antwort auf den Jahresbericht des Rates**
Berichterstatter: Abgeordneter **Jordi Xuclá I Costa** (Spanien)
- **Der Krieg in Afghanistan: welche Strategie für Europa?**
Berichterstatter: Abgeordneter **Jean-Pierre Kucheida** (Frankreich), Abgeordnete **Françoise Hostalier** (Frankreich)
- **Europäische gepanzerter Fahrzeuge: laufende Programme**
Berichterstatter: Abgeordneter **Axel E. Fischer** (Deutschland), Abgeordnete **Tuija Nurmi** (Finnland)
- **Aus- und Weiterbildung für die ESVP: die militärische Erasmus-Initiative**
Berichterstatter: Senator **Yves Pozzo die Borgo** (Frankreich)
- **Die ESVP und die Zukunft der westlichen Balkanstaaten – Antwort auf den Jahresbericht des Rates**
Berichterstatter: Senator **Pedro Agramunt Font de Mora** (Spanien)
- **Militäroperationen der Europäischen Union – Antwort auf den Jahresbericht des Rates**

Berichterstatter: Abgeordneter **Andrea Rigoni** (Italien), Abgeordneter **René Rouquet** (Frankreich)

– **Die Rolle der Europäischen Union bei der Bekämpfung der Seeräuberei**

Berichterstatter: Abgeordneter **Kurt Bodewig** (Deutschland), Abgeordneter **Aristotelis Pavlidis** (Griechenland) und Abgeordneter **Tarmo Kouts** (Estland)

– **Raumfahrtbezogene Lageerkennung**

Berichterstatter: Abgeordneter **Edward O’Hara** (Vereinigtes Königreich)

Mit folgenden Persönlichkeiten führte die Versammlung Aussprachen durch:

Dr. Clemens von Goetze, Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der WEU in Brüssel

Václav Klaus, Präsident der Tschechischen Republik

Jaap de Hoop Scheffer, Generalsekretär der *Nord Atlantic Treaty Organisation* (NATO)

Dimitrios K. Katsoudas, Generalsekretär für Europäische Angelegenheiten im griechischen Außenministerium

Ana Trišić Babić, stellvertretende Außenministerin Bosnien und Herzegowina

Gunnar Lund, Botschafter des Königreichs Schwedens in Frankreich

Folgende Ausschüsse tagten während der 56. Vollversammlung:

Verteidigungsausschuss

Politischer Ausschuss

Ausschuss für die Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit

Ausschuss für Technologie und Raumfahrt

Haushaltsausschuss

Ausschuss für Geschäftsordnungsfragen

III. Schwerpunkte der Beratungen

Ansprache des Präsidenten der Versammlung, Abgeordneter Robert Walter (Vereinigtes Königreich)

Der Präsident begrüßte Delegierte aus Kroatien und Albanien als neue assoziierte Mitglieder der Versammlung. Hintergrund sei der Beitritt der beiden Länder zur NATO im April 2009. Er gab einen Überblick über die Themenschwerpunkte dieser Vollversammlung und wies darauf hin, dass die Berichterstatter in aller Regel Erkundungsreisen zur Einholung von Informationen für ihre Berichte unternommen hätten. Der Präsident fasste die Aktivitäten der Versammlung seit der letzten Vollversammlung im Dezember 2008 zusammen und erinnerte unter anderem an das Kolloquium zum Thema „Zivil-militärische Zu-

sammenarbeit beim Krisenmanagement“, das am 2. April 2009 im Berliner Reichstagsgebäude stattgefunden habe. Er selbst habe sich mit NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer, dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering, und dem Hohen Vertreter für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Javier Solana, getroffen, um Fragen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu besprechen. Die bevorstehende Inkraftsetzung des europäischen Reformvertrages von Lissabon mache der Versammlung keine Angst, sondern sie werde sich vielmehr den kommenden Herausforderungen stellen. Dabei komme der zivil-militärischen Zusammenarbeit zukünftig eine Schlüsselrolle zu, wie nicht zuletzt das Kolloquium in Berlin gezeigt habe.

Ansprache des Botschafters Dr. Clemens von Götze, Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der WEU, deutscher Vertreter im Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee, als Vertreter der Bundesrepublik Deutschland für die deutsche Ratspräsidentschaft in der WEU im ersten Halbjahr 2009

Botschafter **Dr. Clemens von Götze** fokussierte seine Ausführungen auf die Entwicklung der ESVP. Seit ihrer Gründung vor zehn Jahren habe sich ein dynamischer Prozess entfaltet. Nach den ersten Operationen in Bosnien und Herzegowina und in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien habe es 20 Missionen der ESVP gegeben, zuletzt die EUFOR-Mission im Tschad. Daneben engagiere sich die ESVP verstärkt im zivilen Bereich, zum Beispiel mit der EUPOL-Mission zum Polizeiaufbau in Afghanistan und mit der Rechtsstaatsmission EULEX im Kosovo. Insgesamt seien derzeit etwa 2 500 Personen in zivilen europäischen Missionen tätig. Im Jahr 2007 habe die ESVP den Posten eines zivilen Missionskommandanten eingerichtet. Inzwischen habe der Hohe Vertreter für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Javier Solana, seinen Bericht zur Europäischen Sicherheitsstrategie von 2003 vorgelegt. Danach solle die Strategie von 2003 grundsätzlich weiter Bestand haben, die ESVP müsse aber neue Herausforderungen, wie Seeräuberei, Energiesicherheit, Terrorismus und *Cyber*-Sicherheit in ihre Konzepte einbeziehen. Ein Schwerpunkt für die zukünftige Entwicklung der ESVP müsse die Verbesserung der Verteidigungs- und Kommandostrukturen sowie die Fähigkeitsentwicklung sein, denn derzeit gebe es kein abrufbares Personal, das für Einsätze zur Verfügung stehe. Das Personal müsse vielmehr zunächst aus nationalen Verwendungen herausgelöst werden, was bei der Einrichtung von Missionen oft zu einem Zeitverlust führe. Die ESVP sei daher längst nicht am Ende ihrer Entwicklung angekommen. Durch die Inkraftsetzung des Reformvertrages von Lissabon würden die Mitgliedstaaten der Europäischen Union zum ersten Mal durch eine Beistands- und Solidaritätsklausel verbunden und die Tätigkeit der ESVP werde durch die Einrichtung eines europäischen auswärtigen Dienstes sichtbarer gemacht.

Präsentation und Beratung des Berichts „Neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit in der EU-US-Außen- und Sicherheitspolitik“, vorgelegt von Berichterstatter Abgeordneter Jordi Xuclá I Costa (Spanien)

Der Berichterstatter, Abgeordneter **Jordi Xuclá I Costa**, begann seine Ausführungen mit der Versicherung, dass das spanische Parlament und die spanische Delegation ihren Verpflichtungen in der Versammlung auch weiterhin nachkommen würden. Im November 2008 sei mit der Wahl von Barack Obama zum Präsidenten der Vereinigten Staaten eine neue Ära der US-amerikanischen Politik eröffnet worden. Die Wahl habe auch zu einer neuen Mehrheit im US-Kongress geführt. Nun sei es an der Zeit zu prüfen, wie sich die neue US-Administration auf die transatlantische Zusammenarbeit auswirke, die eine lange Tradition habe und ihren Niederschlag insbesondere in der NATO, aber auch auf anderen Feldern der Kooperation finde. Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 hätten die Vereinigten Staaten eine unilaterale Außen- und Sicherheitspolitik betrieben, die Auswirkungen auf ihre multilateralen Beziehungen und auf das Projekt der politischen Stabilisierung Afghanistans gehabt habe. Eine multilateralere Ausrichtung der US-Politik werde zu einer wichtigeren Rolle für die EU führen. Diese müsse daher prüfen, inwieweit sie bei kommenden internationalen Krisen mit den Vereinigten Staaten zusammenarbeiten könne. Bei mehreren Besuchen in den Vereinigten Staaten zur Vorbereitung dieses Berichts habe der Berichterstatter neue Prioritäten in der US-Außenpolitik wahrgenommen. So setze die US-Administration jetzt auf einen Dialog mit der Russischen Föderation und versuche, neue Abrüstungsvereinbarungen zu erzielen. Dies werde wegen der möglichen Auswirkungen auf die europäische Politik Gegenstand eines Berichts für die 57. Vollversammlung im Dezember 2009 sein. Die Vereinigten Staaten suchten außerdem nach einer neuen Strategie für Afghanistan unter verstärkter Einbeziehung ziviler Elemente und der Verbindung militärischer und ziviler Maßnahmen. Die Afghanistan-Strategie solle außerdem mit der Pakistan-Problematik verknüpft werden. Die Strategie des Truppenrückzugs aus dem Irak sei bereits festgelegt, obwohl auch dort noch ein ziviler Aufbau erforderlich sei. Die Schließung des Gefangenenlagers in Guantanamo werde von den europäischen Staaten unterstützt, allerdings bedeute die Bitte der Vereinigten Staaten, einen Teil der Häftlinge aufzunehmen, auch eine stärkere Verantwortung Europas. Präsident Barack Obama habe auch den Nahen Osten wieder zu einem Schwerpunkt US-amerikanischer Außenpolitik gemacht. Eine Änderung sei auch in der Iran-Politik der Vereinigten Staaten zu verzeichnen, denn zwar gelte immer noch die Prämisse der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, der Dialog mit dem Iran werde aber verstärkt. Allerdings seien nach wie vor Sanktionen für den Fall vorgesehen, dass der Dialog nicht zum Erfolg führe. Schließlich deute sich auch eine veränderte amerikanische Haltung gegenüber Kuba an, wo die mangelnde Einhaltung der Menschenrechte zwar immer noch kritisiert werde, sich aber gleichzeitig eine Öffnung der Beziehungen abzeichne.

Die derzeit stattfindenden Raketentests in Nordkorea bedeuteten nicht nur für die US-amerikanische, sondern auch für die europäische Politik Veränderungen.

Lord Anderson of Swansea (Vereinigtes Königreich) bezeichnete den vorgelegten Bericht als eine hervorragende Diskussionsgrundlage. Die außenpolitischen Beziehungen der Vereinigten Staaten würden derzeit durch die Person Barack Obamas dominiert. Der neue amerikanische Präsident habe sich nachdrücklich von der Politik seines Vorgängers gelöst und lege Wert auf politischen Dialog. Altlasten gebe es aber nach wie vor, beispielsweise im Irak und im Nahen Osten. Der in Europa in den letzten Jahren vorherrschende vermeintliche Antiamerikanismus habe sich inzwischen als Gegnerschaft zu der Politik der Administration Georg W. Bushs herausgestellt. Jetzt müsse sich zeigen, ob Europa bereit sei, den Vereinigten Staaten bei der Auflösung des Lagers in Guantanamo und bei der Mission in Afghanistan zur Seite zu stehen. Der Abgeordnete **Michael Hancock** (Vereinigtes Königreich) erklärte, er sei anlässlich eines Besuches des Politischen Ausschusses der Versammlung in Washington D.C. vor kurzer Zeit noch auf viel Skepsis bei US-amerikanischen Politikern gegenüber Europa gestoßen. Auch im Hinblick auf die Iran-Politik habe er widersprüchliche Signale erhalten. Im Nahen Osten könne es jetzt nicht darum gehen, nur Druck auf eine Seite auszuüben. Gleiches gelte in Afghanistan, wo sich die Menschen nicht mit ihrem Staat identifizierten. Die Vereinigten Staaten hätten bisher versäumt, diese Vielschichtigkeit zu erfassen und zu erkennen, dass den Menschen das Vertrauen in eine Zukunft vermittelt werden müsse. Senator **Giacomo Santini** (Italien) hielt angesichts der problematischen Situation im Nahen Osten, im Iran und in Afghanistan die Schonzeit für Präsident Barack Obama für abgelaufen. Die Tatsache, dass die Vereinigten Staaten einen neuen Präsidenten gewählt hätten, genüge nicht zur Lösung der anstehenden Probleme. Zwar vermittele Präsident Barack Obama ein sympathischeres Bild als sein Vorgänger, die Vereinigten Staaten sollten sich aber um eine bessere Abstimmung mit der Europäischen Union bei internationalen politischen Weichenstellungen bemühen.

Ansprache des Präsidenten der Tschechischen Republik, Vaclav Klaus, für die amtierende tschechische Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union

Präsident **Vaclav Klaus** bezog sich in seiner Ansprache auf die Bedeutung des Jahres 2009, in dem die NATO 60 Jahre alt geworden sei, sich der Fall des Kommunismus zum 20. Mal jähre und die Tschechische Republik seit zehn Jahren Mitglied in der NATO und seit fünf Jahren Mitglied in der Europäischen Union sei. Die WEU habe in den letzten Jahrzehnten eine wichtige Rolle für den europäischen Integrationsprozess gespielt. Während des Kalten Krieges sei das Bündnis neben der NATO ein Pfeiler der Verteidigung der westlichen Welt gegen den Kommunismus gewesen, und nach Ende des Kalten Krieges habe sich die WEU zur Wiege der ESVP entwickelt. Noch immer trügen die WEU und ihre Versammlung zur Zusammenarbeit der europäischen Staaten im Rahmen

der ESVP bei, und gerade aufgrund der Arbeit der Versammlung könne der WEU kein demokratisches Defizit unterstellt werden. Derzeit stehe die Welt neuen Sicherheitsrisiken gegenüber, und die Gefährdung von Frieden und Sicherheit sei realistisch. Die Aktivitäten terroristischer Systeme hätten nicht – wie gehofft – mit dem Ende des Kalten Krieges geendet. Die Rückkehr Frankreichs in die militärischen Strukturen der NATO sei daher ein dringend nötiges Signal. Die Tschechische Republik habe die Ratspräsidentschaft in der EU zu einem schwierigen Zeitpunkt übernommen. Die politische Lage sei durch die Finanz- und Wirtschaftskrise, den Streit zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation über Gaslieferungen sowie den Krieg im Nahen Osten dominiert worden. Gegen Ende der Ratspräsidentschaft könne die Tschechische Republik nun behaupten, dass die globale Wirtschaftskrise nicht zur Einschränkung der europäischen Grundfreiheiten geführt habe.

Die Abgeordnete **Claire Curtis-Thomas** (Vereinigtes Königreich) fragte, wie der Präsident die Verantwortung der WEU und der EU auf dem Balkan und in Afrika einschätze. Präsident **Vaclav Klaus** antwortete, im Gegensatz zu Frankreich habe die Tschechische Republik die Prioritäten von Süden nach Osten verschoben. Hintergrund sei die Idee der östlichen Partnerschaft gewesen. Die tschechische Ratspräsidentschaft habe sich mit dem Konflikt zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine sowie im Mittleren Osten zu beschäftigen gehabt und Gipfeltreffen mit Japan, China, Russland und Südkorea durchgeführt. Die Abgeordnete **Anne Brasseur** (Luxemburg) erkundigte sich, warum der Präsident einen Widerwillen gegen die europäische Integration hege. Die Stärkung der Rolle des Europäischen Parlaments durch den Reformvertrag von Lissabon sei doch dringend erforderlich. Mit welchen Mechanismen solle die EU sonst für die Bürger transparenter werden? Präsident **Vaclav Klaus** forderte eine offene Debatte über die notwendigen Mechanismen in der EU. Sein Land sei möglicherweise nach 40 Jahren Kommunismus überempfindlich, wenn es um die Einschränkung der Diskussionsfreiheit gehe. Er sehe für Europa das Modell der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit, aber nicht das des europäischen Supernationalismus. Die EU müsse sich nicht um alle Fragen kümmern. Auch stärke seiner Meinung nach der Reformvertrag von Lissabon nicht die Rolle des Europäischen Parlaments, sondern schwäche sie. Senator **Giacomo Santini** (Italien) betonte, der Reformvertrag wolle das Europäische Parlament gegenüber dem Europäischen Rat stärken. Gleichzeitig schaffe er mehr Befugnisse für die nationalen Parlamente. Es handele sich also doch um einen Fortschritt, nicht um einen Rückschritt. Präsident **Vaclav Klaus** erwiderte, er unterstütze die europäische Integration und die Beseitigung von Beschränkungen. Der Lissabonner Vertrag nehme aber eine Verlagerung dahingehend vor, dass die EU verstärkt von oben gelenkt werde. Es handele sich um eine Stärkung nicht gewählter europäischer Beamter, aber nicht des Europäischen Parlaments oder der nationalen Parlamente. So solle die europäische Einigung seiner Meinung nach nicht aussehen. Der Abgeordnete **Jean-Claude Mignon** (Frankreich)

fragte, ob der Reformvertrag von Lissabon in der Tschechischen Republik ratifiziert werde. Er erkundigte sich weiter, welche Rolle die ESVP nach Inkrafttreten des Vertrages haben werde. Der Abgeordnete **Jelincić Plemeniti** (Slowenien) fragte, warum die Tschechische Republik den Beitritt Kroatiens zur EU so sehr unterstütze. Präsident **Vaclav Klaus** antwortete, die Tschechische Republik dränge Kroatien nicht. Sie sei aber auch anderen Ländern Osteuropas die Unterstützung ihrer Beitrittsbemühungen schuldig. Die slowenischen Vorbehalte gegenüber einem Beitritt Kroatiens seien bekannt, aber nicht Sache tschechischer Politik. Der Abgeordnete **João Bosco Mota Amaral** (Portugal) fragte nach der Einschätzung des Präsidenten im Hinblick auf die Vorschläge des russischen Präsidenten Dimitrij Medwedew zur europäischen Sicherheitsarchitektur. Senatorin **Josette Durrieu** (Frankreich) erkundigte sich, ob der Präsident Raum für eine autonome europäische Verteidigung sehe. Präsident **Vaclav Klaus** erklärte, über die Entwicklung der europäischen Sicherheitsarchitektur sei bei seinem Treffen mit Präsident Dimitrij Medwedew nicht gesprochen worden. Es sei vielmehr um die Gaskrise mit der Ukraine gegangen. Eine autonome europäische Verteidigung halte er für die einzige Lösung, um neben der NATO bestehen zu können.

Ansprache des NATO-Generalsekretärs Jaap de Hoop Scheffer

NATO-Generalsekretär **Jaap de Hoop Scheffer** wies darauf hin, dass erst in der Vorwoche die Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO in Oslo zu Ende gegangen sei. Der Austausch zwischen den Parlamentarischen Versammlungen der beiden westlichen Verteidigungsbündnisse sei sehr wertvoll. Er nahm Bezug auf den Gipfel zum 60. Jahrestag der NATO in Straßburg, Kehl und Baden-Baden Anfang April 2009. Auf dem Gipfeltreffen habe man sich mit den wesentlichen aktuellen Fragen des Bündnisses auseinandergesetzt. So sei im Hinblick auf die ISAF-Mission in Afghanistan betont worden, dass ein stabiles und sicheres Afghanistan als wesentlich für die Sicherheit des Westens erachtet werde. Die Alliierten hätten zugesagt, einerseits ihre Anstrengungen in dem Land zu verstärken, andererseits aber vermehrt auf die Übernahme von Verantwortung durch afghanische Stellen zu dringen. Dazu sollten insbesondere der Polizeiaufbau und die EUPOL-Mission der EU unterstützt werden. Insgesamt komme es auf einen verstärkten zivilen Aufbau an, den die NATO allerdings nicht alleine leisten könne. Erforderlich seien daher ein umfassender Ansatz und die Einbindung von Nachbarstaaten Afghanistans, insbesondere Pakistans. Im Hinblick auf den Balkan sei zu sagen, dass die Balkanstaaten das Ziel der Mitgliedschaft im euroatlantischen Bündnis verfolgten. Offen sei nach wie vor, wie lange die KFOR-Mission im Kosovo andauern werde. Zwar könne die NATO nicht ewig in dem Land verbleiben, eine Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt sei jedoch zu früh. Im Hinblick auf die Beziehungen der NATO zur Russischen Föderation habe der Georgien-Konflikt im August 2008 schwerwiegende Fragen aufgeworfen. Die NATO und die Russische Föde-

ration müssten nun zu einem Dialog zurückkehren und eine echte Partnerschaft begründen, um wesentliche Fragen gemeinsamen Interesses lösen zu können. Außerdem sei auf dem Gipfeltreffen die Entwicklung eines neuen Strategischen Konzeptes der NATO eingeleitet worden. Angesichts der zu Beginn dieses Jahrhunderts zahlreich aufgetretenen neuen Sicherheitsprobleme, seien es die Terrorangriffe vom 11. September 2001 mit all ihren Folgen, der Einsatz in Afghanistan oder die Frage zukünftiger NATO-Erweiterungen, sei die Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses der Bündnispartner über die zukünftige Rolle der NATO dringend erforderlich. Zu den Hauptfragen, die ein neues Strategisches Konzept werde beantworten müssen, gehöre zunächst eine neue Definition des Begriffs der kollektiven Verteidigung. Dabei müssten sowohl die neuen Risiken in die Definition einbezogen als auch das Konzept der Solidarität gestärkt werden. Daneben müssten die militärischen Fähigkeiten des Bündnisses im Hinblick auf zu führende exterritoriale Einsätze weiterentwickelt werden. Die NATO und die EU verfolgten hierbei die gleichen Ziele, nämlich die schnellere Aufstellung von Truppen, eine größere Interkompatibilität und eine bessere multinationale Kooperationsfähigkeit, insbesondere zwischen der EU und der NATO. Elementar für die Erreichung dieser Ziele sei die Erhöhung der nationalen Verteidigungsetats. Schließlich müsse ein neues Strategisches Konzept die Schaffung und Aufrechterhaltung eines freien und friedlichen Europas fortsetzen. In den letzten 20 Jahren hätten die NATO und die EU eine wichtige Rolle bei der Friedenserhaltung auf dem Kontinent gespielt, das Ziel sei aber noch nicht endgültig erreicht. Notwendig sei für die NATO die Fortsetzung ihrer Politik der offenen Tür.

Der Abgeordnete **Doug Henderson** (Vereinigtes Königreich) fragte, inwieweit der Iran in einen Dialog über den Schutz der Westgrenze Afghanistans einbezogen werden solle. NATO-Generalsekretär **Jaap de Hoop Scheffer** erklärte, ein Dialog mit dem Iran sei bereits aufgenommen worden, und der Iran, der sehr unter dem Drogenhandel aus Afghanistan leide, habe auch ein Interesse daran. Senator **Pedro Agramunt Font de Mora** (Spanien) fragte, inwieweit die beabsichtigte europäische und transatlantische Integration den Balkanstaaten bei der Lösung ihrer territorialen Konflikte helfen könne. Generalsekretär **Jaap de Hoop Scheffer** erwiderte, europäische Sicherheit könne nur durch euroatlantische Integration erlangt werden. Die Integration Kroatiens und Albanien sei daher nur der erste Schritt. Der Beitritt in die euroatlantischen Strukturen sei allerdings kein Recht, sondern ein Prozess, aber die NATO sei unter Berücksichtigung der Beitrittskriterien zu weiteren Aufnahmen bereit. Der Abgeordnete **Aleksandar Nikoloski** (ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien) wies darauf hin, dass sein Land als einziger Kandidat in dieser Beitrittsrunde nicht Mitglied der NATO habe werden können, da der Konflikt mit Griechenland über den Landesnamen noch nicht geklärt sei. Der Abgeordnete **João Bosco Mota Amaral** (Portugal) warf die Frage auf, ob nicht aufgrund der gegenüber der Gründungszeit der NATO völlig veränderten Aufgaben auch der Nordatlantikvertrag neu gestaltet wer-

den müsse, um die nationalen Parlamente einzubinden. NATO-Generalsekretär **Jaap de Hoop Scheffer** riet der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, den NATO-Beitrittsprozess weiterzuführen und notfalls einen weiteren Zyklus im Rahmen des Mitgliedschaftsaktionsplans zu absolvieren, bis der Namensstreit gelöst sei. Der Nordatlantikvertrag solle unverändert bestehen bleiben, denn die Beistandsverpflichtung gemäß seinem Artikel 5 stehe nach wie vor im Zentrum des Bündnisses und habe ihre Bedeutung nicht verloren.

Präsentation und Beratung des Berichts „Der Krieg in Afghanistan: welche Strategie für Europa?“, vorgelegt von den Berichterstattern Abgeordneter Jean-Pierre Kucheida (Frankreich) und Abgeordnete Françoise Hostalier (Frankreich)

Der Abgeordnete **Jean-Pierre Kucheida**, erklärte, der Bericht, dem ein Besuch in Afghanistan Mitte Mai 2009 unter Beteiligung des Präsidenten der Versammlung vorausgegangen sei, zeichne leider kein besonders positives Bild der Situation in dem Land. Im Hinblick auf afghanische Autonomie und Souveränität habe es allerdings einige Fortschritte gegeben. Die Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft müssten auf die Verstärkung dieses Prozesses gerichtet werden. Notwendig sei außerdem eine bessere humanitäre und logistische Versorgung der Bevölkerung, um das öffentliche und politische Engagement vor Ort anzustoßen. Der Bericht beschäftige sich daher nicht nur mit der militärischen Seite des Einsatzes, sondern gehe darüber hinaus. Ungelöst seien nach wie vor die Probleme der Korruption, interner Konflikte, des Drogenanbaus und der ungesicherten afghanischen Grenzregionen. Obwohl die Anzahl der amerikanischen, europäischen und afghanischen Truppen zusammengenommen bereits 300 000 Personen betrage, müsse sich die afghanische Truppenstärke von etwa 34 000 auf 130 000 erhöhen. Kulturelle Unterschiede behinderten den Wiederaufbau des Landes, und es müsse akzeptiert werden, dass aufgrund der vielschichtigen sozialen Strukturen und Hierarchien ein Teil des von der internationalen Gemeinschaft zur Verfügung gestellten Kapitals zweckentfremdet verwendet werde. Die Taliban seien in vielen Gegenden des Landes nach wie vor in der Lage, ernstzunehmende Angriffe gegen die Schutztruppe zu verüben. Zu warnen sei allerdings vor negativen Auswirkungen eines übermäßigen Einsatzes von Luftstreitkräften. Im Gegensatz zum Aufbau der afghanischen Armee, der vor allem durch eine gute Bezahlung der Soldaten gelungen sei, sei der Aufbau der afghanischen Polizeikräfte noch nicht weit genug fortgeschritten. Die Polizisten seien möglicherweise unterbezahlt und daher anfällig für Korruption. Die im August 2009 anstehende Präsidentschaftswahl stelle für Afghanistan einen Stabilitäts- und Souveränitätstest dar, auch wenn der amtierende Präsident Hamid Karzai derzeit als einziger aussichtsreicher Kandidat gelte.

Mitberichterstatterin **Françoise Hostalier** erläuterte, die Lage in Afghanistan und Pakistan ändere sich praktisch täglich. Notwendig sei jetzt die Entwicklung eines umfassenden Ansatzes, der die Nachbarstaaten Afghanistans – die Russische Föderation und den Iran – in die Strategie

einbinde. Positiv sei zu vermerken, dass seit 2001 etwa sechs Millionen Kinder hätten eingeschult werden können und die Hochschulen und Krankenhäuser wieder funktionierten. Die meisten in Afghanistan engagierten Staaten hätten inzwischen Sondergesandte ernannt, die sich insbesondere im Hinblick auf zivile Maßnahmen untereinander abstimmten. Im Gegensatz dazu seien die Regionalen Wiederaufbauteams (*Provincial Reconstruction Teams – PRTs*) leider nicht harmonisiert worden, sondern jedes Land gehe nach eigenem Ermessen vor. Im Zentrum der Wiederaufbaumühnungen müsse der afghanische Staat stehen, auch wenn seine Vertreter teilweise noch immer nicht frei von Korruptionsvorwürfen seien. Wesentlich sei die Unterbindung des Drogen- und Waffenschmuggels.

Der Abgeordnete **Odd Einar Dorum** (Norwegen) kritisierte am Einsatz in Afghanistan die Vielzahl nicht koordinierter Aktivitäten und Auftragnehmer und die übermäßige Bürokratie. Er forderte eine Diskussion über die Verwendung der bereitgestellten Gelder, über die Rechenschaft abgelegt werden müsse. Senator **Giacomo Santini** (Italien) meinte, der Sturz des Taliban-Regimes habe nicht zum Ende des Krieges geführt, sondern der Konflikt weite sich in Richtung Pakistan aus. Die in Afghanistan vorherrschende Kriminalität und mangelnde Sicherheit führten zu einer zunehmenden Bewaffnung der Bevölkerung. Auch sei die Zurückdrängung des Schlafmohnanbaus bisher kaum gelungen. Eine Landwirtschaftsreform sei wegen der Größe des Landes zwar schwierig, für eine positive Entwicklung aber dringend notwendig. Ebenfalls notwendig sei ein bilateraler Dialog zwischen Afghanistan und Pakistan. Der Abgeordnete **Reijo Kallio** (Finnland) forderte die internationale Gemeinschaft zur Entwicklung einer langfristigen Perspektive für die Region auf. Der Norden Afghanistans entwickle sich etwas positiver als der Rest des Landes, und der Drogenanbau sei dort zurückgegangen. Für die Absicherung der Präsidentschaftswahlen seien zwar vor allem afghanische Behörden und Polizei verantwortlich, aber auch die internationale Gemeinschaft müsse vorübergehend ihre Präsenz in dem Land erhöhen. Senator **Andrzej Person** (Polen) unterstützte die französische Initiative, mehr Polizeiausbilder nach Afghanistan zu entsenden und berichtete, Polen habe seine finanzielle Unterstützung des Landes im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen verstärkt. Senator **Leon Kieres** (Polen) forderte die Konzentration des Afghanistaneinsatzes auf zivile Ziele, die den Menschen deutlicher machten, dass der Einsatz ihnen nütze. Allerdings habe Polen die Erfahrung machen müssen, dass ein polnischer Ingenieur in Afghanistan entführt und ermordet worden sei. Die Entwicklung Pakistans zu einem *failed state* müsse verhindert werden. Senator **Laurent Bouteille** (Frankreich) sah eine kontinuierliche Zunahme von Krieg und Korruption in Afghanistan, wo die westlichen Truppen häufig als Besatzer angesehen würden. Er forderte eine zügigere Afghanisierung des Landes, wofür allerdings der Aufbau funktionierender Strukturen in Verwaltung und Justiz erforderlich sei. Der Abgeordnete **Paul Flynn** (Vereinigtes Königreich) warf der NATO vor, ihre Ziele in Afghanistan nicht erreicht zu haben. Das bis-

her Erreichte sei sehr fragil, die Zufluchtsorte der Terrororganisation al-Qaida hätten nicht zerstört werden können, und die Demokratisierung des Landes sei nicht gelungen. Die aus Afghanistan ins Ausland verkaufte Drogenmenge habe sich erhöht. Erst jetzt werde die Sichtweise der Alliierten etwas realistischer, und es werde über eine Anpassung der Ziele nachgedacht. Der Abgeordnete **Denis MacShane** (Vereinigtes Königreich) erklärte, im Zentrum des Berichts stehe die Frage nach einer Strategie für Afghanistan. Dabei müsse Indien miteinbezogen werden, das eine wichtige Rolle in dem Konflikt spiele und noch immer 500 000 Soldaten in Kashmir stationiert habe, die die pakistanischen Truppen an der Ostgrenze des Landes bänden. Der Abgeordnete **Gianni Farina** (Italien) stimmte seinem Vorredner darin zu, dass das größte Problem Afghanistans derzeit die Atommacht Pakistan sei, die eine Lösung in der Region sehr erschwere. Es bestehe die Gefahr, dass Atomwaffen in die Hände der Taliban fielen. Zugunsten der Menschen in Afghanistan müssten jedoch die militärischen und zivilen Maßnahmen fortgesetzt werden. Menschenrechte und Frauenrechte seien nicht fakultativ.

Präsentation und Beratung des Berichts „Europäische gepanzerte Fahrzeuge: laufende Programme“, vorgelegt von den Berichterstattern Abgeordneter Axel E. Fischer (Deutschland) und Abgeordnete Tuija Nurmi (Finnland)

Der Berichterstatter, Abgeordneter **Axel E. Fischer**, erklärte, der Bericht biete einen Überblick über die derzeit laufenden europäischen Programme im Bereich gepanzerter Fahrzeuge und über die Produktionsfähigkeit in der EU. Im Mai 2005 hätten die europäischen Verteidigungsminister die Entscheidung getroffen, gepanzerte Fahrzeuge in die Agenda der Europäischen Verteidigungsagentur aufzunehmen. Der Hohe Vertreter für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Javier Solana, habe die Zersplitterung und die mangelnde Kooperation auf diesem Sektor beklagt. Der Mangel an gemeinsamen europäischen Projekten sei schlechten Erfahrungen aus der Vergangenheit geschuldet, denn der Bereich der gepanzerten Fahrzeuge sei ein Beispiel dafür, wo die Probleme in der europäischen Kooperation liegen könnten. So hätten im Jahr 1996 Frankreich, Deutschland und das Vereinigte Königreich ein gemeinsames Projekt zur Entwicklung gepanzerter Fahrzeuge begonnen, aus dem sich Frankreich und das Vereinigte Königreich später zurückgezogen hätten. Im Jahr 2004 hätten Deutschland und die Niederlande ein Projekt begonnen und zu Ende geführt. Die Produktentwicklung könne grundsätzlich durch eine Kooperation mehrerer Länder, durch rein nationale Programme oder durch Programme einzelner Unternehmen erfolgen. Alle drei Wege hätten Vor- und Nachteile, und es komme auf eine richtige Mischung an. Die Spitzenqualität europäischer Produkte sei unstrittig, Probleme bereiteten aber Protektionismus und mangelnde Kooperationsbereitschaft. Es sei Aufgabe der Mitgliedstaaten, in diesem Bereich bessere Voraussetzungen für die Unternehmen zu schaffen.

Die Mitberichterstatterin, Abgeordnete **Tuija Nurmi**, sah ebenfalls die Probleme der Schaffung eines europäischen Verteidigungsmarktes als am Beispiel der gepanzerten Fahrzeuge gespiegelt an. Gespräche der Berichterstatter mit Industrie, Militär und Vertretern der Europäischen Verteidigungsagentur hätten gezeigt, dass ein geordneter Markt nicht existiere. Obwohl die Europäische Verteidigungsagentur sich auf die Entwicklung europäischer gepanzelter Fahrzeuge konzentriert habe, seien die Fortschritte bis heute nicht sehr groß. Die Stagnation auf der Entwicklung sei angesichts wachsender Anforderungen, zum Beispiel in Afghanistan, erstaunlich.

Die Abgeordnete **Claire Curtis-Thomas** (Vereinigtes Königreich) unterstrich die Bedeutung der Entwicklung gepanzelter Fahrzeuge, die dem Schutz von Infanteristen dienten. Das Militär sei allerdings im Hinblick auf die Auswahl von Panzerfahrzeugen sehr anspruchsvoll.

Präsentation und Beratung des mündlichen Zwischenberichts „Die Sicherheit Europas und der Nahe Osten“, vorgestellt von Senatorin Josette Durrieu (Frankreich)

Die Berichterstatterin, Senatorin **Josette Durrieu**, erläuterte, der Politische Ausschuss habe beschlossen, diesen Bericht aufgrund des Stillstands der Friedensverhandlungen im Nahen Osten auszusetzen. Sie werde daher heute nur eine mündliche Bewertung des Status Quo abgeben, ein schriftlicher Bericht werde erst zu einem späteren Zeitpunkt vorgelegt. Eine Delegation des Politischen Ausschusses habe bereits Informationsreisen in die Türkei, nach Syrien und in die Vereinigten Staaten unternommen, der Iran habe den Delegierten jedoch Einreisevisa verweigert. Auch eine Reise nach Israel und Palästina sei bisher nicht möglich gewesen. Der Bericht befasse sich mit unterschiedlichen Sicherheitsfragen im Nahen Osten, dem Konflikt zwischen Israel und Palästina, dem Atomwaffenprogramm des Iran und mit Afghanistan und dem Irak. Im Hinblick auf den Irak stelle sich die Frage, ob es dort eine reale Befriedung gebe, und ob der Frieden nach dem Abzug der amerikanischen Truppen weiter andauern werde. Derzeit sei von einer relativen Stabilisierung des Landes auszugehen, der Wiederaufbau sei aber noch längst nicht abgeschlossen. Unklar sei auch, welches die künftige Rolle des Irak in der Region sein werde. Im Hinblick auf den Konflikt zwischen Israel und Palästina müsse heute der Preis für frühere Fehler der amerikanischen Regierung George W. Bushs, Israels und Europas gezahlt werden. Europa wolle einen palästinensischen Staat fördern, den es noch gar nicht gebe, unterstütze Wahlen, wolle aber deren Ergebnisse nicht akzeptieren. Die Ergebnisse seien der Krieg in Gaza und die Spaltung der Palästinenser gewesen. Auch die Bildung der rechtsgerichteten israelischen Regierung unter Benjamin Netanjahu und Avigdor Lieberman sei kein Zufall. In Israel sei jetzt keine Rede mehr von einer Zweistaatenlösung, und der Friedensprozess sei damit vorerst beendet. Für Israel habe nun die Lösung des Problems der drohenden nuklearen Bewaffnung des Iran Vorrang. Fraglich sei, was Präsident Barack Obama als nächstes tun werde. Eine wichtige Rolle spiele die türkische Diplomatie, die

in der Region stabilisierend wirke. Auch Ägypten bemühe sich um Gespräche mit allen Beteiligten. Syrien glaube zwar derzeit nicht an eine mögliche Lösung des Konfliktes, engagiere sich jedoch ebenfalls für eine Fortsetzung des Friedensprozesses. Die EU leide nach wie vor unter dem Fehlen einer echten europäischen Außenpolitik, was in der Region wahrgenommen werde. Europa zahle in den Palästinensergebieten Wiederaufbau für Wiederaufbau, spiele aber politisch kaum eine Rolle. Die Schlüsselfrage sei, ob Präsident Barack Obama seinen Druck auf Israel erhöhen werde. Derzeit werde seine für den 4. Juni 2009 in Kairo angekündigte Rede mit Spannung erwartet. Die Abgeordnete **Birgen Keles** (Türkei) erkundigte sich nach Erkenntnissen über Gas-Reserven auf dem Gebiet des Gaza-Streifens, die möglicherweise ein Beweggrund für den Krieg in Gaza Anfang des Jahres 2009 gewesen sein könnten. Der Abgeordnete **Mehmet Tekelioglu** (Türkei) mahnte den Aufbau von Vertrauen zwischen den Konfliktparteien als Voraussetzung für Dialog und Kooperationsbereitschaft an. Die Türkei versuche nachdrücklich, den Prozess in diese Richtung zu lenken. Der Abgeordnete **Jean-Paul Lecoq** (Frankreich) forderte eine striktere Haltung Europas und eine Einflussnahme auf Israel, damit Diskriminierungen und die Institutionalisierung von Hass und Intoleranz beendet würden.

Ansprache des Generalsekretärs für Europäische Angelegenheiten im griechischen Außenministerium, Dimitrios Katsoudas, für die griechische Ratspräsidentschaft in der WEU im zweiten Halbjahr 2009

Dimitrios Katsoudas erklärte, die ESVP habe seit ihrem Bestehen zur Sicherheit und Stabilität in Europa und der Welt beigetragen. Die Bereitschaft der Staaten zu multilateraler Zusammenarbeit habe sich verstärkt, was beispielsweise am Reformvertrag von Lissabon, an den Anstrengungen zur Gründung einer Mittelmeerunion, aber auch am Vorschlag der Bildung einer östlichen Partnerschaft zu erkennen sei, die auch die Russische Föderation und die Türkei einschließe. Die aktuellen Bedrohungen, seien es die Weiterverbreitung von Nuklearwaffen, die Konflikte im Nahen Osten und in Georgien, organisierte Kriminalität oder Seeräuberei, erforderten eine langfristige und stabile internationale Zusammenarbeit. Auch Themen wie Klimawandel und Energiesicherheit bedrohten Sicherheit und Wohlstand weltweit. An der Lösung dieser globalen Fragen müsse Europa mitwirken. Das Problem der Seeräuberei betreffe Europa und auch Griechenland als Seefahrernation in besonderer Weise. Trotz einer erheblichen NATO-Präsenz vor der Küste Somalias gebe es bisher keine Lösung. Es müsse geklärt werden, welche sozialen oder ökonomischen Hintergründe somalische Fischer in Piraten verwandelten. Für Griechenland gebe es zwei außenpolitisch besonders bedeutende Regionen, nämlich den westlichen Balkan und die Mittelmeerregion. Auch wenn die Gesamtsituation auf dem westlichen Balkan inzwischen einigermaßen stabil sei, bleibe die Lage in einzelnen Ländern fragil. Griechenland werde dazu beitragen, den Ländern des westlichen Balkans, die die Voraussetzungen dafür erfüllten, den Weg in die Euro-

päische Union zu ebnet, um Frieden und Sicherheit zu stärken. Der Mittelmeerraum werde vom andauernden Nahostkonflikt dominiert, und Europa müsse hier größere Anstrengungen zur Konfliktlösung unternehmen. Wirtschaftliche Hilfe aus Europa werde zwar geschätzt, führe aber nicht zu politischer Stabilisierung. In die Zeit der griechischen Ratspräsidentschaft fielen drei wesentliche Herausforderungen: Zunächst müsse ein Haushalt verabschiedet werden, der der Versammlung die Fortsetzung ihrer Arbeit ermögliche, im November 2009 ende die Amtszeit von Javier Solana als WEU-Generalsekretär, und die Versammlung müsse nach Inkrafttreten des Reformvertrages von Lissabon ihre Rolle definieren. Die griechische Präsidentschaft werde sich bemühen, Lösungen im Sinne der Versammlung zu finden.

Präsentation und Beratung des Berichts „Aus- und Weiterbildung für die ESVP: die militärische Erasmusinitiative“, vorgelegt von Berichterstatter Senator Yves Pozzo di Borgo (Frankreich)

Senator **Yves Pozzo di Borgo** hielt eine engere Kooperation der Mitgliedstaaten der EU bei der Personalaus- bildung für erforderlich, um Interoperabilität unter den militärischen Einheiten der ESVP zu erreichen. Die militärische Erasmusinitiative, eine militärische Version des Erasmusprogramms für Studenten, sei ein Austauschprogramm für junge Soldatinnen und Soldaten. Allerdings müsse das Programm ausgeweitet werden, um tatsächlich einen positiven Effekt zu entfalten. Internationale parlamentarische Versammlungen könnten die Aufgabe übernehmen, dieses Thema in die nationalen Parlamente zu tragen, um die Rahmenbedingungen für mehr Kooperation bei Ausbildung und Training zu schaffen. Zu oft liege der Fokus nationaler Regierungen und Parlamente auf den Truppenverbänden, die sich in militärischen Operationen befänden, vernachlässigt werde aber der Bereich der Ausbildung. Dieser Trend könne sich in Zeiten knapper öffentlicher Budgets aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise verstärken. Es sei daher wichtig, ins öffentliche Bewusstsein zu rufen, dass das Militär, insbesondere bei einer Verbesserung der Möglichkeiten während der Ausbildung, gute Berufschancen für junge Leute aus allen gesellschaftlichen Schichten biete.

Der Abgeordnete **John Greenway** (Vereinigtes Königreich) unterstützte den Berichterstatter in der Einschätzung der Bedeutung einer gemeinsamen Ausbildung der europäischen Streitkräfte, denn auch während einer ESVP-Mission werde von den Soldatinnen und Soldaten ein abgestimmtes Vorgehen erwartet. Eine Reduzierung der nationalen Verteidigungsetats würde automatisch zu Kürzungen im Ausbildungsbereich führen, also das Gegenteil von dem bewirken, was erforderlich sei. Vielmehr müssten Menschen dazu ausgebildet werden, sowohl die militärischen als auch die zivilen Operationen der ESVP erfolgreich durchzuführen. Auch Investitionen in die Entwicklung und Fertigung von Verteidigungsgütern setzten qualifiziertes Personal voraus, das mit der Ausrüstung auch arbeiten könne. Er unterstütze den im Bericht geforderten Aufbau einer eigenen Bildungseinrichtung der ESVP.

Präsentation und Beratung des Berichts „Die ESVP und die Zukunft der westlichen Balkanstaaten“, vorgelegt von Berichterstatter Senator Pedro Agramunt Font de Mora (Spanien)

Senator **Pedro Agramunt Font de Mora** erläuterte, der hier vorgelegte Bericht schließe an den Bericht „2008: Ein entscheidendes Jahr für den westlichen Balkan“ an und betrachte die Entwicklungen im vergangenen Jahr, den Einfluss der ESVP und die Rolle der internationalen Gemeinschaft. Die Fakten für den Bericht seien unter anderem durch Reisen nach Sarajevo, Belgrad, Pristina und Skopje zusammengetragen worden. Dabei habe er den Eindruck gewonnen, dass es sich beim Kosovo nicht um einen überlebensfähigen Staat handle, und dass die Regierung des Landes weit davon entfernt sei, die selbstgesteckten Ziele zu erreichen. Der Staat hänge vollständig von der Unterstützung durch die europäische Gemeinschaft ab, und die Sicherheitslage sei beunruhigend. Im Hinblick auf Serbien stehe nach wie vor die Ergreifung mutmaßlicher Kriegsverbrecher im Vordergrund, insbesondere hoffe die internationale Gemeinschaft auf die Auslieferung von Ratko Mladic. Es sei jedoch ungerecht, allein von diesem Umstand die Erfolgsaussichten eines serbischen Beitritts zur EU abhängig zu machen. In Bosnien und Herzegowina habe sich die politische Lage verschlechtert, und das Land befinde sich in der größten Krise seit Ende des Krieges im Jahr 1995. Es gebe in dem Land vielfältige Probleme und die soziale Lage sei sehr instabil. Kinder aus unterschiedlichen Ethnien gingen auf getrennte Schulen, und die politische Elite habe keine Beziehungen zu der normalen Bevölkerung. Viele Menschen verfügten über zwei Pässe und es frage sich, wie viele von ihnen nach einer Grenzöffnung zur EU das Land verlassen würden. Derzeit stehe eine Verringerung der Rolle der internationalen Gemeinschaft nicht zur Debatte. Die Namensstreitigkeit zwischen der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und Griechenland habe trotz internationaler Vermittlungsversuche bisher nicht gelöst werden können. Dies hindere die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien am Beitritt sowohl zur NATO als auch zur EU und behindere die Entwicklung der Region. Die Umbenennung des Flughafens in Skopje in „Flughafen Alexander der Große“ sei allerdings eine unnötige Provokation gewesen. Auch der territoriale Konflikt zwischen Slowenien und Kroatien um den Verlauf der Meeresgrenze halte noch an, und Kroatien habe den Internationalen Gerichtshof eingeschaltet. Derzeit seien die Balkanstaaten akut von der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen und benötigten weiter die Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft. Allerdings hätten sie in den letzten zehn Jahren bereits sehr viel Unterstützung erhalten, die Ergebnisse seien aber mäßig. Die Balkanstaaten müssten nun vermehrt selbst Verantwortung übernehmen. Im Vordergrund stehe nach wie vor die Verbrechens- und Korruptionsbekämpfung.

Der Abgeordnete **Gerd Höfer** (Deutschland) lobte den Bericht, der alle Staaten des westlichen Balkans anspreche. Die betroffenen Staaten wollten zwar den euroatlantischen Strukturen beitreten, setzten aber die dafür notwendigen internen Reformen nicht um, was sowohl die

Perspektive für einen Beitritt zur EU als auch zur NATO erschwere. Allerdings sei zu bedenken, dass eine Mitgliedschaft in der EU ethnischen Streitigkeiten die Grundlage entziehen könne, zum Beispiel im Konflikt zwischen Serbien und dem Kosovo. Für den Namensstreit zwischen der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und Griechenland habe er kein Verständnis. Beispiele von Namensdoppelungen gebe es in Europa in großer Anzahl, beispielsweise bei Limburg an der Lahn, das in Deutschland liege, und Limburg in den Niederlanden. Die Abgeordnete **Nursuna Memecan** (Türkei) sah eine nationalistische Politik in den Staaten des westlichen Balkan als Ursache für die andauernden Konflikte an und begrüßte die Entscheidung der neuen US-amerikanischen Administration, sich den Problemen des westlichen Balkan verstärkt zuzuwenden. Auch Europa könne vieles zur Problemlösung beisteuern, insbesondere müsse sich Europa den Menschen aus den Staaten des Balkan stärker öffnen, damit sie aus ihren nationalen Sphären heraustreten und miteinander und mit anderen Europäern in Kontakt kommen könnten. Dies werde helfen, bilaterale Spannungen abzubauen und zur Versöhnung beizutragen. Die Menschen auf dem Balkan wünschten sich, frei von Reglementierungen durch Visavorschriften in Europa reisen zu können, und die europäischen Staaten sollten dies nicht als Bedrohung betrachten. Daneben müsse Europa aber die Balkanstaaten drängen, die gemeinsamen Werte der EU – Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit – in ihre nationalen Systeme zu inkorporieren. Senator **Giacomo Santini** (Italien) betonte das große Interesse Italiens am Balkan aufgrund seiner geografischen Lage. Die Balkanstaaten müssten noch zeigen, dass sie zum Umgang miteinander in der Lage seien. Bisher sei dies leider nicht gelungen. Im Gegensatz dazu hätten die osteuropäischen Länder besser kooperiert, seien inzwischen Mitglieder der EU und würden davon profitieren. Der Bericht enthalte den Appell an die Staaten des westlichen Balkan, bei der Lösung ihrer bilateralen Probleme umfassendere Ansätze zu suchen und die Kunst des Kompromisses zu erlernen. Dies sei der Schlüssel zur Beendigung ihrer konfliktreichen Geschichte. Die Abgeordnete **Vesna Marjanovic** (Serbien) bekräftigte die Haltung Serbiens, dass es sich bei der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo um einen völkerrechtswidrigen Akt handele. Serbien werde das Kosovo niemals als souveränen Staat anerkennen und weiter seine territoriale Integrität verteidigen, allerdings mit friedlichen und diplomatischen Mitteln. Nach der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs seien Statusverhandlungen mit den Kosovoalbanern zur Erarbeitung einer Kompromisslösung denkbar. Serbien strebe die Vollmitgliedschaft in der EU an und spiele eine entscheidende Rolle für die Verfestigung von Demokratie und Sicherheit auf dem westlichen Balkan. Die regionale Kooperation habe sich bereits verbessert, und Serbien habe erfolgreiche bilaterale Gespräche mit Slowenien, Kroatien, Montenegro und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien geführt. Innenpolitisch würden in Serbien gerade Reformen des Verteidigungssektors, der Wirtschaft und der Justiz durchgeführt, die Rolle des Parlaments solle gestärkt werden und es gebe Gesetze zur effektiveren Bekämpfung der Korruption.

Die Vorbereitungen für die Erlangung der Visafreiheit innerhalb der EU würden gerade beendet, und sie appelliere an die Mitgliedstaaten, diese Beschränkung des freien Reiseverkehrs nun auch zu beseitigen.

Ansprache der stellvertretenden Außenministerin Bosnien und Herzegowinas, Ana Trišić-Babić

Die stellvertretende Außenministerin Bosniens und Herzegowinas, **Ana Trišić-Babić**, erklärte, in ihrem Land seien bereits beachtliche Fortschritte erzielt worden. So habe sich Bosnien und Herzegowina beispielsweise im Rahmen des *Partnership-for-Peace*-Programms der NATO als verlässlicher Partner erwiesen und stehe jetzt auf der letzten Stufe vor einem Mitgliedschaftsaktionsplan, der Vorbereitung auf eine mögliche spätere Mitgliedschaft in der NATO. Regierung, Parlament und Öffentlichkeit stünden hinter einem NATO-Beitritt, und es sei daher in Bosnien und Herzegowina begrüßt worden, dass die NATO auf ihrem Gipfel im April 2009 die Fortsetzung der Politik der offenen Tür angekündigt habe. Auch der Eintritt der Staaten des westlichen Balkan in die EU sei für die Stabilität in Europa erforderlich und daher für alle Seiten alternativlos. Bosnien und Herzegowina sei dabei, sich in die internationale Staatengemeinschaft zu integrieren und habe eine Kandidatur für einen nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für die Jahre 2010 und 2011 abgegeben. Aufgrund des fortschreitenden internationalen Integrationsprozesses sei Bosnien und Herzegowina der Meinung, dass das Mandat des Hohen Repräsentanten 2009 enden solle. Möglich sei die Installierung eines Sondergesandten der EU für Bosnien und Herzegowina, wobei aber die politische Verantwortung für das Land vollständig in Händen der gewählten bosnischen Institutionen liegen solle. Innenpolitisch stelle die Verfassungsreform derzeit die größte Herausforderung dar. Ziel sei es, durch Dialog und Kompromissbereitschaft eine tragfähige Lösung zu erreichen. Aufgrund der für das Jahr 2010 angesetzten Wahlen müsse die Reform im laufenden Jahr 2009 durchgesetzt werden.

Der Abgeordnete **Gerd Höfer** (Deutschland) dankte für den Bericht über die außenpolitische Entwicklung Bosniens und Herzegowinas, vermisste aber eine Auseinandersetzung mit den innenpolitischen Problemen, insbesondere mit den anhaltenden Spannungen zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen.

Ana Trišić-Babić antwortete, die Probleme zwischen den Bevölkerungsgruppen könnten am besten durch eine Integration in die euroatlantischen Strukturen gelöst werden. Die Politiker in Bosnien und Herzegowina stammten oft noch aus der Kriegsgeneration, die nachfolgende Generation wolle aber den Demokratisierungsprozess voranbringen. Der Abgeordnete **Zmago Jelinčić Plemeniti** (Slowenien) stimmte der stellvertretenden bosnischen Außenministerin dahingehend zu, dass der Hohe Repräsentant im Jahr 1997 mit sehr weitreichenden Befugnissen ausgestattet worden sei. Es sei an der Zeit, diesen Zustand zu beenden und das Land seinen eigenen Weg nach Europa finden zu lassen. Senator **Bernard Fournier** (Frankreich) erkundigte sich, ob eine realistische Mög-

lichkeit für die Durchsetzung einer Verfassungsreform bestehe. **Ana Trišić-Babić** erklärte, der Hohe Vertreter behindere die demokratische Entwicklung des Landes, das jetzt seine eigenen Entscheidungen treffen müsse. Im Hinblick auf die Unabhängigkeit des Kosovo stelle sich die Frage, wie sich das Kosovo an den Prozessen in der Region beteiligen könne, wenn es durch die Nachbarstaaten nicht anerkannt sei. Die EU habe eine Verfassungsreform nie zur Bedingung in Bosnien und Herzegowina gemacht, sondern lediglich den Aufbau eines funktionsfähigen Staates gefordert.

Ansprache des schwedischen Botschafters in Frankreich, Gunnar Lund, als Vertreter der schwedischen Regierung für die schwedische Ratspräsidentschaft in der EU in der zweiten Jahreshälfte 2009

Botschafter **Gunnar Lund** erklärte, seit der ersten schwedischen Ratspräsidentschaft im Jahr 2001 hätten sich sowohl Europa als auch die EU sehr verändert. Schwerpunkte der schwedischen Ratspräsidentschaft sollten die weltpolitische Rolle der EU und die ESVP werden. Der zehnte Jahrestag der ESVP sei eine gute Gelegenheit, über das bisher Erreichte Bilanz zu ziehen. Sowohl im Hinblick auf ihre Fähigkeiten als auch auf die durchgeführten Einsätze habe die ESVP sehr viel geleistet, auch wenn an den zivilen und militärischen Fähigkeiten weiter gearbeitet werden müsse. Die französische Ratspräsidentschaft habe hier bereits wichtige Anstöße gegeben. Die schwedische Präsidentschaft wolle eine Diskussion über die Funktion der *Battle-Groups* beginnen, ohne deren Konzept grundsätzlich in Frage zu stellen. Ein weiterer Schwerpunkt solle das Thema der Seeüberwachung sein. Wesentlich sei ein erfolgreicher Verlauf der EULEX-Mission im Kosovo, die Schweden fördern werde. Für die EUPOL-Mission in Afghanistan müsse zusätzliches Personal zur Verfügung gestellt werden. Im Zentrum stehe außerdem die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren vor Ort. Um eine erfolgreiche Rolle in der Weltpolitik einnehmen zu können, müsse die EU auch mit zukünftigen Beitrittsstaaten sowie mit Nicht-EU-Staaten kooperieren, zum Beispiel mit Kanada, der Russischen Föderation, der Schweiz, der Ukraine, den Vereinigten Staaten und den Partnern im Mittelmeerraum. Schweden werde sich sehr für die Stärkung von Konfliktpräventionsmechanismen und Krisenmanagement im Rahmen der ESVP und für die Beteiligung von Frauen an der Konfliktprävention und an friedenserhaltenden Operationen einsetzen.

Präsentation und Beratung des Berichts „Militäroperationen der Europäischen Union – Antwort auf den Jahresbericht des Rates“, vorgelegt von den Berichterstattern Abgeordneter Andrea Rigoni (Italien) und Abgeordneter René Rouquet (Frankreich)

Berichterstatter Abgeordneter **Andrea Rigoni** erläuterte, sein Bericht beziehe sich auf zwei sehr wichtige europäische Friedenssicherungsmissionen, nämlich die EUFOR-Mission im Tschad und die EUFOR-ALTHEA Mission in Bosnien und Herzegowina. Die Mission im Tschad habe

am 15. März 2009 geendet, und auch die Mission in Bosnien und Herzegowina habe ihr Hauptziel erreicht. Beide seien die größten Operationen, die die EU bisher ausgeführt habe, auch wenn sie sich sehr voneinander unterschieden. Die EUFOR-Mission im Tschad habe die zivile Bevölkerung schützen und humanitäre Hilfslieferungen absichern sollen. Fünf Millionen Menschen seien in der Region von den Konflikten betroffen und drei Millionen Menschen seien auf der Flucht gewesen. Der Konflikt habe 400 000 Menschen das Leben gekostet. Die EUFOR-Mission habe ein Gebiet von der Größe Frankreichs umfasst und habe in sehr feindlicher Umgebung stattgefunden. 22 Staaten hätten insgesamt 3 400 Soldaten entsandt. Die große Anzahl beteiligter Staaten habe die Abstimmungsprozesse während der Operation erschwert, insbesondere im Hinblick auf eine adäquate Ausbildung und Ausrüstung des Personals. Hieraus müssten Lehren für zukünftige Einsätze gezogen werden. Die EUFOR-ALTHEA-Mission in Bosnien und Herzegowina sei zur Lösung der humanitären Krise nach dem Bürgerkrieg in Bosnien eingerichtet worden. Die Operation habe Stabilität in die Region zurückgebracht, auch wenn nach wie vor langfristige Lösungen gesucht würden. Die Mission habe zwar überwiegend militärischen, aber auch Polizei- und Justizcharakter gehabt und bis zu sechstausend Soldaten umfasst. Derzeit werde die EUFOR-ALTHEA-Mission mit dem Ziel umgestaltet, weiterhin zur Sicherheit der Region beizutragen und Bosnien und Herzegowina bei der Schaffung der Voraussetzungen für einen EU-Beitritt zu unterstützen. Als Fazit aus den beiden Einsätzen sei auf drei Punkte hinzuweisen: Zunächst müsse sich die Finanzierung verbessern, denn militärische Operationen könnten ohne die dafür notwendigen Ressourcen nicht erfolgreich durchgeführt werden. Außerdem müssten die nationalen Parlamente stärker in den Verlauf der Einsätze eingebunden werden, um diese in den Mitgliedstaaten besser zu verankern. Als Drittes müsse die Planung militärischer Operationen sowohl Mitglieder als auch Nichtmitglieder der EU umfassen.

Lord Anderson of Swansea (Vereinigtes Königreich) erinnerte daran, dass die ESVP bei ihrer Gründung durchaus umstritten gewesen sei. In den letzten zehn Jahren habe ein wichtiger Lernprozess stattgefunden, insbesondere im Hinblick auf Finanzierung und Organisation von Einsätzen. Jetzt stelle sich die Frage nach der Vielseitigkeit und Reichweite der Einsatzfähigkeit der ESVP, denn die besonderen Fähigkeiten der Europäer im zivil-militärischen Bereich seien weltweit gefragt. Europa müsse Prioritäten festlegen, und die Belastungen für Einsätze dürften sich nicht nur auf einige wenige Mitgliedsstaaten beschränken.

Präsentation und Beratung des Berichts „Die Rolle der Europäischen Union bei der Bekämpfung der Seeräuberei“, vorgelegt von den Berichterstattern Abgeordneter Kurt Bodewig (Deutschland), Abgeordneter Aristotelis Pavlidis (Griechenland) und Abgeordneter Tarmo Kouts (Estland)

Berichterstatter Abgeordneter **Kurt Bodewig** erklärte, Aufgaben der zur Bekämpfung der Seeräuberei eingesetz-

ten Mission ATALANTA der EU vor der Küste Somalias seien die Sicherung durchfahrender Schiffe, die Überwachung des Gebietes und die Festnahme von der Seeräuber verdächtigen Personen. Die wirtschaftliche Bedeutung der Region könne daran gemessen werden, dass es sich um einen der meistbefahrenen Seewege der Welt handle, über den die Hälfte der weltweiten Öllieferungen transportiert werde. Zwar seien in der Region unterschiedliche Piratengruppen aktiv, diese hätten jedoch begonnen, professionell und koordiniert zusammenzuarbeiten. Sie würden von Geschäftsleuten und Dolmetschern unterstützt, hätten Zugang zu moderner Ausrüstung und könnten sehr schnell agieren. Die sich professionalisierende Vorgehensweise der Seeräuber sei für die internationale Gemeinschaft Grund zu großer Sorge. Nach Einsetzung der ATALANTA-Operation im November 2008 habe die EU im April 2009 weitere Schritte unternommen und in Brüssel eine Geberkonferenz für Somalia durchgeführt, als deren Ergebnis 165 Millionen Euro zur Sicherung der internen Stabilität des Landes bereitgestellt worden seien. Die Auswirkungen der Piraterie auf den internationalen Handel beschränkten sich nicht auf die Kosten für verlorene Schiffe, auf Lieferverzögerungen und auf Lösegeldzahlungen, sondern umfassten auch horrend gestiegene Versicherungsprämien. Alternative Seewege über das Kap der Guten Hoffnung seien aufgrund der großen Umwege wirtschaftlich nicht attraktiv. Da die somalische Regierung zu schwach zur Eindämmung des Problems sei, müsse die internationale Gemeinschaft weitere Maßnahmen ergreifen. Der Bericht empfehle die Einrichtung einer ständigen Planungskonferenz zur Koordinierung von Aktivitäten, einen besseren Informationsaustausch in Realzeit, die Zulassung von Sicherheitsdiensten an Bord von Handelsschiffen, eine verstärkte Luftraumüberwachung und die Entsendung von Rechtsberatern nach Kenia. Das Problem sei sicher nicht militärisch zu lösen, sondern es sei die langfristige zivile Unterstützung Somalias erforderlich. Der Berichterstatter dankte seinen beiden Kollegen, die leider nicht anwesend sein konnten, für die konstruktive Zusammenarbeit bei der Erstellung des Berichts.

Die Abgeordnete **Birgen Keles** (Türkei) sah die Seeräuber vor allem als soziales Problem und als Reaktion auf illegale Fischerei und Giftmüllentsorgung an, die den somalischen Fischern die Lebensgrundlage entzögen. Da die Seeräuber inzwischen durch kriminelle Organisationen unterstützt würden, stiegen die Lösegeldforderungen immer weiter an. Zusätzliche Probleme entstünden durch das Flaggenrecht, da die Zugehörigkeit der Schiffe nicht mehr feststellbar sei. Somalia könne das Problem der organisierten Kriminalität sicher nicht allein lösen. **Lord Chidgey** (Vereinigtes Königreich) wies darauf hin, dass es Probleme mit Piraterie auch in der Karibik, in der Straße von Malakka und im Südchinesischen Meer gebe. Dort hätten sich die Anrainerstaaten zusammengeschlossen und das Problem unter Kontrolle gebracht. Somalia sei aber instabil, und das Fehlen einer souveränen Staatlichkeit habe die Seeräuber befördert. Man müsse berücksichtigen, dass es durchaus vorkommen könne, dass sich ganz normale somalische Fischer nach ihrem Tages-

fang an Piraterieaktionen beteiligten. Dies verschärfe das Problem, denn es mache die Piraten schwerer identifizierbar. Der Kern des Problems liege aber in der zusammengebrochenen somalischen Wirtschaft. Senator **Leon Kieres** (Polen) bezeichnete die ATALANTA-Mission der EU als einen beträchtlichen Beitrag zur Wiederherstellung der Seesicherheit vor der somalischen Küste. Diese setze jedoch auch eine stabilere Situation an Land voraus, weshalb er die Unterstützung der friedenserhaltenden Mission der Afrikanischen Union in Somalia begrüße, die helfen solle, staatliche Souveränität wiederzuerlangen. Die den Golf von Aden befahrenden Handelsschiffe sollten grundsätzlich selber für ihre Sicherheit sorgen. Aufgabe der Politik sei es, sich um die Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen zu kümmern. Der Abgeordnete **Alexander Klukin** (Russische Föderation) unterstützte die Forderung nach der Schaffung von Rechtsgrundlagen für den Umgang mit festgesetzten Seeräubern. Das Problem der Seeräuber könne die internationale Gemeinschaft nur durch ein koordiniertes Vorgehen lösen. Die Russische Föderation unterhalte eine Präsenz russischer Seestreitkräfte vor der Küste Somalias, die vorrangig zum Schutz russischer Schiffe gedacht sei, aber bei Bedarf auch andere Schiffe unterstützen würde. Der Abgeordnete **Odd Einar Dorum** (Norwegen) sah die Seeräuber als sich ausbreitendes weltweites Problem an, das sich durch die Folgen des Klimawandels auch in Regionen verlagern werde, in denen man bisher nicht damit habe rechnen müssen. Norwegen sei als Seefahrernation sehr an einer Lösung interessiert und werde sich auch als Nichtmitglied der EU an der ATALANTA-Mission beteiligen. Die Abgeordnete **Claire Curtis-Thomas** (Vereinigtes Königreich) bezeichnete das Problem der Piraterie als wichtige handelspolitische Frage, die auch in den nationalen Parlamenten verstärkt behandelt werden solle. In Somalia sei die Durchführung von Entwicklungshilfemaßnahmen erforderlich, denn die Armut der Bevölkerung sei mitverantwortlich für die Verschärfung der Situation. Der Abgeordnete **João Bosco Mota Amaral** (Portugal) wies darauf hin, dass sowohl die Nachbarstaaten Somalias als auch Indien als wichtigster Staat der Region in Maßnahmen eingebunden werden müssten. Der Abgeordnete **John Greenway** (Vereinigtes Königreich) dankte dem Berichterstatter für den hervorragenden Bericht und seine gute Präsentation, die dringliche finanzielle und humanitäre Probleme aufgezeigt habe. In der Diskussion dürfe das Leid der Opfer von Schiffsentführungen nicht außer Acht gelassen werden. Der NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer habe in seiner Ansprache an die Versammlung bereits darauf hingewiesen, dass es bei zukünftigen Verteidigungsausgaben nicht mehr vorrangig um die Finanzierung von Kriegen von Staaten untereinander, sondern um strategische Investitionen in die Sicherheit der Welt gehen werde. Der Berichterstatter, Abgeordneter **Kurt Bodewig**, erwiderte, die Debatte habe die innere Betroffenheit der Rednerinnen und Redner bei der Auseinandersetzung mit dieser neuartigen Bedrohung erkennen lassen. Die Kapazitäten der Staatengemeinschaft zur Bekämpfung der Seeräuber würden sicher noch wachsen, allerdings habe das betroffene Seegebiet sehr große Ausmaße. Sehr dringlich sei die Einrichtung einer ständigen

Planungskonferenz zu Koordinierungszwecken, und auch die ökonomischen Wurzeln der Seeräuberei müssten berücksichtigt werden. In Somalia müssten Staatlichkeit und Rechtsstaatlichkeit geschaffen und eine ökonomische Entwicklung gefördert werden. Die Lebensgrundlage der somalischen Fischer sei durch den Tsunami im Jahr 2004 und durch die Einleitung von Giftstoffen völlig zerstört worden. Besonderes Augenmerk müsse auf die Schaffung eines internationalen Rechtsrahmens gelegt werden. Eine Frage sei, ob der Internationale Seegerichtshof in Hamburg, der für die Lösung zwischenstaatlicher Konflikte im Seerecht eingerichtet worden sei, als Verfahrensinstanz eingebunden werden könne. Insgesamt könne die ATALANTA-Operation bisher als Erfolg für die EU bezeichnet werden.

**Präsentation und Beratung des Berichtsentwurfs
„Raumfahrtbezogene Lageerkennung“, vorgelegt von
Berichterstatter Abgeordneter Edward O’Hara
(Vereinigtes Königreich)**

Zum Thema Weltraumtechnik, so der Berichterstatter, Abgeordneter **Edward O’Hara**, habe es in den letzten Jahren bereits wiederholt Berichte gegeben. Auf diesem Sektor stehe die europäische Industrie auf gleicher Augenhöhe mit den Besten der Welt. Es mangle den

Europäern aber bisher an einer raumfahrtbezogenen Lageerkennung, die die versehentliche oder beabsichtigte Beschädigung oder Zerstörung von Weltraumtechnologie verhindern könne. Die Europäer müssten ein entsprechendes Programm entwickeln, wenn sie im Weltraum autonom bleiben wollten. Die Entwicklung solle drei Phasen umfassen: Eine Bestandsaufnahme der Erfahrungen der Vereinigten Staaten in dem Bereich, eine europäische Bedarfsanalyse und die Betrachtung zukünftiger Potenziale. Die Vereinigten Staaten arbeiteten bereits seit den 1970er Jahren mit einem entsprechenden System und stellten die gewonnenen Daten den europäischen Verbündeten zur Verfügung. Diese Mitnutzung von Daten werde jedoch den Bedürfnissen der ESVP nicht gerecht. Über ein zu entwickelndes europäisches System sollten die Weltraumüberwachung, die Erkennung möglicher Gefahren und die Gewinnung meteorologischer Erkenntnisse möglich sein. Derzeit würden die politischen und technischen Rahmenbedingungen in verschiedenen Arbeitsgruppen zusammengetragen. Ein eigenes europäisches Überwachungssystem werde nicht die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten verringern, aber die Abhängigkeit Europas vom amerikanischen System beseitigen.

Gerd Höfer, MdB
Delegationsleiter

IV. Von der Versammlung verabschiedete Empfehlungen und Entschlüsse

betr. Neue Möglichkeiten zur Zusammenarbeit in der EU US-Außen- und Sicherheitspolitik

Die Parlamentarische Versammlung,

- (i) in Würdigung des Umstands, dass die Wahl Barack Obamas zum 44. Präsidenten der USA einen frischen Wind in die internationalen Beziehungen gebracht hat; und in der Überzeugung, dass sich dadurch neue Möglichkeiten zur transatlantischen Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik ergeben;
- (ii) in der Erkenntnis, dass es von entscheidender Bedeutung sein wird, inmitten der Finanz- und Wirtschaftskrise, die die Zeit und Energie der politischen Entscheidungsträger in Anspruch nehmen wird, das Beste aus diesen Gelegenheiten zu machen;
- (iii) unter Hinweis darauf, dass Regierungen, Parlamentarier und Bürger weltweit ein außergewöhnlich großes Interesse an den US-Präsidentenwahlen zeigten, aber auch in der Erkenntnis, dass der neue Präsident, der nur dem US-amerikanischen Volk gegenüber Rechenschaft ablegen muss, weiterhin die US-Interessen verfechten wird;
- (iv) unter Hinweis darauf, dass zahlreiche der ersten außenpolitischen Entscheidungen des neuen Präsidenten sich mit lange bestehenden Besorgnissen auf Seiten der Europäer befassen;
- (v) erfreut über den Umstand, dass die Obama-Regierung einen neuen Ton und Stil pflegt, erneutes Vertrauen in die multilateralen Institutionen zeigt und eher bereit ist, den Europäern zuzuhören und sich mit ihnen auszutauschen;
- (vi) in der dringenden Aufforderung an die Europäer, mehr Einheit zu zeigen, mehr Verantwortung zu übernehmen und entschiedener zu handeln, um ihre Rolle in einem wichtigen Moment zu übernehmen, der die Gelegenheit bietet, eine neue Dynamik in die transatlantischen Beziehungen einfließen zu lassen;
- (vii) in der Erkenntnis, dass die Forderung nach einem Wandel angesichts der zahlreichen bevorstehenden außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen nicht nur für die Vereinigten Staaten gilt;
- (viii) in der Überzeugung, dass es in erster Linie Europa ist, das den USA eine Partnerschaft zur Bewältigung dieser Herausforderungen anbieten kann;
- (ix) davon ausgehend, dass ein Ansatz, der das Zuhören und die Konsultation beinhaltet und zu greifbaren Ergebnissen führt, die Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und Europa stärken wird;
- (x) erfreut darüber, dass die USA ihre Strategie gegenüber Afghanistan und Pakistan überprüfen; und in der Überzeugung, dass die Lage in der Region eine ernsthafte Bedrohung nicht nur des regionalen, sondern auch des weltweiten Friedens und der Sicherheit darstellt und somit auch die Vereinigten Staaten und Europa betrifft;
- (xi) unter Hinweis darauf, dass die Notwendigkeit eines umfassenden Ansatzes für Afghanistan ein deutlich verstärktes Engagement auf Seiten Europas bei den Zivilmaßnahmen und nachhaltigen internationalen militärischen Anstrengungen erfordert;
- (xii) erfreut über die Absicht der neuen Regierung, mit Russland wieder eine ergebnisorientierte Beziehung einzurichten, insbesondere unter Achtung der Abrüstung, der Rüstungskontrolle und der Nichtverbreitung;

¹ Von der Versammlung am 2. Juni 2009 (1. Sitzung) verabschiedeter Text.

(xiii) es für sinnvoll haltend, dass mit Russland ein Dialog über Präsident Medwedews Vorschlag für eine Verbesserung der bestehenden Sicherheitsarchitektur in Europa auf der Grundlage des Prinzips der gleichen Sicherheit für alle eingerichtet werden soll; und in der Überzeugung, dass ein solcher Dialog der EU und den USA die Gelegenheit für eine Verbesserung ihrer Beziehungen zu Russland bietet; jedoch in der Erkenntnis, dass Russlands Einmarsch in Georgien, seine anschließende Anerkennung der abtrünnigen Regionen, sein militärischer Aufmarsch dort und die fortgesetzte Nichteinhaltung internationaler Zusagen nach dem Konflikt die vom Präsidenten festgelegten Grundsätze verletzen;

(xiv) in der Überzeugung, dass Moskau für die Überprüfung seiner Beziehungen mit seinen Nachbarn verantwortlich ist, die von einem Mangel an Vertrauen, Verdacht und Spannungen und durch Russlands intensive und nicht immer konstruktive Beteiligung an den „eingefrorenen“ Konflikten und durch die Art geprägt sind, wie es seine Energiepolitik insbesondere im Hinblick auf die Ukraine und die Republik Moldau verfolgt;

(xv) in Würdigung des Bewusstseins des neuen Präsidenten über die entscheidende Bedeutung des Israel-Palästina-Konflikts sowohl für den Frieden und die Stabilität in der größeren Region als auch für das Ansehen der Vereinigten Staaten in der moslemischen Welt;

(xvi) besorgt über die großen Schwierigkeiten bei der Wiedereröffnung des Prozesses zur Erlangung eines dauerhaften Friedens und der Stabilität im Nahen Osten, jedoch hocherfreut über die zunehmend positive Beteiligung der Arabischen Staaten und Institutionen;

(xvii) besorgt über die fehlenden Fortschritte bei den Versöhnungsgesprächen zwischen Fatah und Hamas unter ägyptischer Vermittlung, die auf die Herstellung einer palästinensischen Einheitsregierung abzielen, die für einen erfolgreichen Wiederaufbau von Gaza sowie für Friedensverhandlungen mit Israel notwendig ist;

(xviii) in der Ermutigung der neuen US-Regierung in ihren Bemühungen, eine neue und ausgewogenere Rolle bei der Erleichterung der Friedensverhandlungen zwischen allen betroffenen Parteien und der Sicherung der gegenseitig vereinbarten Ergebnisse einzunehmen;

(xix) mit Genugtuung über den Beschluss der amerikanischen Regierung, direkt an den internationalen Gesprächen über die atomaren Aktivitäten des Iran im E-3-plus-3-Rahmen teilzunehmen, sowie über eine größere Bereitschaft, mit dem Iran in Dialog zu treten, jedoch enttäuscht über die zögerliche Reaktion des Iran und seine lauwarmer Haltung zu diesen Initiativen, sowie besorgt über die Weiterentwicklung der ballistischen Flugkörperfähigkeit des Iran;

(xx) in Würdigung von Präsident Obamas Ankündigung der Schließung der Haftanstalt in Guantanamo Bay und des Verbots rechtswidriger Verhörmethoden;

(xxi) unter Hinweis auf die Aufforderung der neuen Regierung an Europa, sie dabei zu unterstützen, den Guantanamo-Häftlingen eine neue Zukunft zu bieten;

(xxii) unter Hinweis auf die Notwendigkeit, den EU-US-Dialog über die zivilen Freiheiten und rechtlichen Gesichtspunkte zu erneuern und strittige Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus zu erörtern;

(xxiii) eingedenk der Notwendigkeit, zwischen den USA und seinen Verbündeten gemeinsame Regeln zu entwickeln, die beim Eingreifen im Krisenmanagement und bei Strafverfolgungsoperationen angewendet werden und Elemente der Kriegsführung und der politischen Entscheidung miteinander verbinden;

EMPFIEHLT DEM RAT DER WESTEUROPÄISCHEN UNION UND DEM RAT DER EUROPÄISCHEN UNION

1. die Erarbeitung einer gemeinsamen europäischen politischen Antwort auf die ersten Reaktionen des Präsidenten der Vereinigten Staaten, die auf mehr Einheit, eine Bereitschaft, mehr Verantwortung zu übernehmen, und die Entschlossenheit, entschiedener zu handeln, gestützt ist;

2. die Vereinigten Staaten zu ersuchen, den Wert einer solchen kohärenten koordinierten und gemeinsamen Antwort anzuerkennen, insbesondere im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, und zu bestätigen, dass ein gemeinsames Interesse an einer direkten Beziehung zwischen der EU und den USA besteht, indem die Bereitschaft erklärt wird, ein neues Gleichgewicht zwischen den bilateralen Verbindungen zu einzelnen europäischen Verbündeten und den Beziehungen zu der EU als einer regionalen Einheit herzustellen;
3. das Schmieden einer gemeinsamen EU-US-Strategie für gemeinsame Aktionen innerhalb bestehender und sich entwickelnder Foren für eine globale Regierungsführung wie beispielsweise die G-20;
4. die Vorbereitung eines Dialog mit offenem Ausgang, in die alle euroatlantischen Länder die dazu bereit sind, einbezogen werden, über Wege und Mittel zur Verbesserung der bestehenden europäischen Sicherheitsarchitektur und neue Maßnahmen für den Aufbau gegenseitigen Vertrauens und von Transparenz und unter Beibehaltung der transatlantischen Verbindungen;
5. die deutliche Steigerung von Europas Beteiligung bei den zivilen Maßnahmen in Afghanistan und die Beibehaltung einer erhöhten militärischen Präsenz auch nach den Präsidentschaftswahlen und zwar solange es erforderlich ist;
6. die Neugestaltung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Pakistan mit dem Ziel der Stärkung der Handelsverbindungen, einer Reform der zivilen und Sicherheitsinstitutionen des Landes und einer Verbesserung seiner Fähigkeiten bei der Bekämpfung des Terrorismus und der Sicherung seiner atomaren Einrichtungen;
7. die Überprüfung von Europas Strategie im Nahen Osten, so dass es die bestehenden Anstrengungen zur Erlangung eines Waffenstillstands zwischen dem Gaza-Streifen und Israel als Teil eines schrittweisen Prozesses auf dem Weg zu einem andauernden Frieden, an dem alle wichtigen Akteure beteiligt sind, uneingeschränkt unterstützen kann;
8. das Streben nach einer Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung im Gaza-Streifen, der Entwicklung der Wirtschafts- und Handelsinfrastruktur der Westbank und die Auseinandersetzung mit der demografische Entwicklung;
9. die aktive Weiterführung ihrer Kontakte zur iranischen Regierung, um die E3-plus-3-Vorschläge über eine Zusammenarbeit auf zivilem atomarem Gebiet zu fördern, jedoch keinen Zweifel an der Fähigkeit zu lassen, ggf. verstärkte Sanktionen aufzuerlegen;
10. die Bekundung der Bereitschaft, eine umfassendere Beziehung zum Iran auf der Grundlage gegenseitiger Achtung, gemeinsamer Interessen und der strategischen Bedeutung des Iran in der Region anzustreben;
11. die Einleitung eines Dialogs mit den Vereinigten Staaten über die zivilen Freiheiten und die rechtlichen Gesichtspunkte im Hinblick auf die Entwicklungen neuer Standards für die Behandlung von Männern und Frauen, die im Laufe der Krisenmanagementoperationen einschließlich der Operationen zur Bekämpfung des Terrorismus und der Seeräuberei festgenommen werden;
12. die Beschleunigung des Prozesses der Formulierung einer gemeinsamen und positiven europäischen Antwort auf die Forderung der Vereinigten Staaten, Europa möge ehemalige Gefangene aus Guantanamo Bay aufnehmen;
13. die Prüfung weiterer Möglichkeiten für die EU-US-außenpolitische Zusammenarbeit einschließlich der Fortschritte zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele, der Verbesserung der Fähigkeiten der Afrikanischen Union im Krisenmanagement und der Stärkung einer verantwortungsvollen Regierungsführung, der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung und des regionalen Zusammenhalts in den westlichen Balkanstaaten.

Empfehlung 836²**betr. Der Krieg in Afghanistan: welche Strategie für Europa?**

Die Versammlung,

- (xxiv) unter Hinweis auf ihre Empfehlungen 780, 802 und 822 zur Lage in Afghanistan;
- (xxv) unter Hinweis darauf, dass acht Jahre nach dem Sturz des Taliban-Regimes in Afghanistan die politische, wirtschaftliche und Sicherheitslage des Landes weiterhin überaus instabil und unsicher ist;
- (xxvi) unter Hinweis darauf, dass Afghanistan ein souveräner und unabhängiger Staat und weder ein Schutz- noch ein Treuhandgebiet der Vereinten Nationen, der NATO oder der Europäischen Union ist;
- (xxvii) in der Erwägung, dass eine Unterstützung zugunsten der Sicherheit, der politischen Stabilisierung und des Wiederaufbaus von der Achtung der und der Rücksicht auf die Verfassung, Gesetze, Traditionen, Werte und Kultur des afghanischen Volkes und seiner ethnischen und religiösen Bestandteile geprägt sein muss;
- (xxviii) unter Hinweis darauf, dass es bisher durch afghanische und internationale militärische Anstrengungen nicht gelungen ist, in Afghanistan wieder für eine nachhaltige Sicherheit zu sorgen;
- (xxix) in der Erwägung, dass es diesbezüglich wichtig ist, der afghanischen Regierung weiterhin ein hohes Maß an militärischer Unterstützung zu gewähren, um die Größe und die technischen Fähigkeiten der afghanischen Sicherheitskräfte zu steigern;
- (xxx) in der Erwägung, dass die internationale Militärpräsenz solange beibehalten werden sollte, bis die afghanischen Streitkräfte in der Lage sind, eigenständige und unabhängige Maßnahmen in Afghanistan durchzuführen;
- (xxxi) in der Erwägung, dass sich die ausländischen Streitkräfte in Afghanistan und insbesondere die an der ISAF-Operation der NATO teilnehmenden EU-Truppen an ihr Mandat der Bereitstellung von Hilfe und Unterstützung für die afghanischen Sicherheitskräfte halten sollten;
- (xxxii) in der Erwägung, dass die militärische Präsenz bei der Erleichterung des wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbauprozesses in Afghanistan eine Schlüsselrolle spielt;
- (xxxiii) in der Erwägung, dass Maßnahmen gegen Terrorismus und Drogenhandel erforderlich sind, um Sicherheit und Stabilität zu schaffen, die wesentliche Voraussetzungen für den wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau Afghanistans sind;
- (xxxiv) in der Erwägung, dass es nach Auffassung der Regierung und der Menschen in Afghanistan für die EU-Truppen kontraproduktiv wäre, eigenständig und ohne vorherige Absprache mit den afghanischen nationalen und kommunalen Behörden zu handeln;
- (xxxv) unter Hinweis auf die Bedeutung der europäischen Bemühungen auf nationaler und EU-Ebene, einen Beitrag zur Entwicklung des nationalen Sicherheitssektors, des Justizsystems und der Polizeikräfte in Afghanistan zu leisten;
- (xxxvi) in der Erwägung, dass es – um das europäische Engagement für die zivile Entwicklung in Afghanistan zu zeigen – für die von den EU-Staaten geleistete militärische und Sicherheitshilfe wünschenswert wäre, wenn sie von einer Wirtschaftshilfe in demselben oder einem noch größeren Ausmaß begleitet würde;
- (xxxvii) in der Erwägung, dass es von entscheidender Bedeutung ist, die von den europäischen Staaten in Afghanistan getroffenen Maßnahmen mit denen anderer Länder, die dort für den Frieden, die Sicherheit und die Entwicklung arbeiten, und insbesondere mit der USA zu koordinieren;

² Von der Versammlung am 3. Juni 2009 (2. Sitzung) verabschiedeter Text.

(xxxviii) in der Erwägung, dass es für die Nichtregierungsorganisationen (NRO) von größter Bedeutung ist, dem afghanischen Volk weiterhin wirtschaftliche und soziale Hilfe leisten zu können, und dass es wünschenswert wäre, wenn NRO-Maßnahmen deutlich getrennt von den militärischen und zivilen Maßnahmen der regionalen Aufbauteams der Nato wahrgenommen würden;

(xxxix) unter Hinweis auf die Bedeutung der Unterstützungsprogramme, die von den europäischen Institutionen, Staaten und NRO im Bereich der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung an Ort und Stelle durchgeführt werden;

(xl) in der Erwägung der Notwendigkeit, den Dialog und die Koordinierung unter allen wichtigen Akteuren, mit den kommunalen und nationalen afghanischen Behörden und mit anderen afghanischen Gesprächspartnern der Zivilgesellschaft und insbesondere der ländlichen Gesellschaft auszubauen, und dass Europa bestens dazu geeignet ist, eine solche Rolle zu übernehmen;

(xli) in der Erwägung der gegensätzlichen Positionen der Frauen in Afghanistan, die davon abhängig sind, welchen ethnischen und religiösen Gruppen sie und ob sie einer städtischen oder ländlichen Umgebung angehören;

(xlii) unter Hinweis darauf, dass die Verbesserung des wirtschaftlichen und sozialen Status der Frauen in Afghanistan ein notwendiger Schritt für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes ist;

(xliii) in der Erwägung, dass die Bildung, der Wiederaufbau des Gesundheitssystems und die wirtschaftliche Entwicklung der Schlüssel sind, damit die Frauen in Afghanistan in der Gesellschaft ihre Rolle uneingeschränkt wahrnehmen können;

(xliv) in der Erwägung, dass diese Frage in einem größeren Zusammenhang und in Gesprächen mit den nationalen und kommunalen Behörden und unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der gesamten afghanischen Gesellschaft geklärt werden sollte, damit gar nicht erst der Verdacht aufkommt, es werde von außen ein Modell nach westlichem Vorbild übergestülpt;

(xlv) in der Erwägung, dass die Sicherheitsprobleme in Afghanistan in einem weiteren regionalen und internationalen Rahmen gelöst werden sollten;

(xlvi) in der Erwägung der Vorreiterrolle, die Pakistan in diesem Zusammenhang dabei einnimmt, um eine allgemeine Lösung für die Sicherheitsprobleme Afghanistans zu suchen, und der Notwendigkeit, mit diesem Land in einen offenen und kooperativen Dialog zu treten;

(xlvii) unter Hinweis auf die Notwendigkeit, dass Afghanistan Rücksicht auf die Interessen des pakistanischen Staats und seine verfassungsmäßigen, politischen, religiösen und ethnischen Besonderheiten sowie seine berechnete Sorge über die regionale Sicherheit nimmt;

(xlviii) in der Erwägung, dass der EU als bedeutender Handelsmacht im Hinblick auf Pakistan sowohl im Wirtschaftssektor als auch auf der Suche nach politischer Stabilität eine Schlüsselrolle zukommt;

(xlix) mit dem Ausdruck der Unterstützung der europäischen Offiziere und Soldaten, die in Afghanistan im Einsatz sind, und von deren Familien;

EMPFIEHLT DEM RAT DER WESTEUROPÄISCHEN UNION UND DEM RAT DER EUROPÄISCHEN UNION

1. sicherzustellen, dass sich die Mitgliedstaaten für die Koordinierung ihrer militärischen Aktionen und Anstrengungen zur Unterstützung der Reform des Sicherheitssektors und des wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbaus in Afghanistan einsetzen;
2. das Streben nach Harmonisierung und Verbesserung der Wirksamkeit der Einsatzregeln, die für die nationalen Streitkräfte der verschiedenen europäischen Länder, die in Afghanistan im Einsatz sind, gelten;
3. sicherzustellen, dass die in Afghanistan stationierten bewaffneten Einheiten angemessen ausgebildet und ausgerüstet sind, um mit den Risiken und den Bedrohungen im Einsatzgebiet in Afghanistan umgehen zu können;

4. das Streben nach Festlegung einer politischen, wirtschaftlichen und Sicherheitsstrategie für Afghanistan innerhalb des Rahmens der Euro-Afghanischen-Partnerschaft;
5. die Überprüfung der Wirksamkeit der wirtschaftlichen und sozialen Hilfe für Afghanistan und gleichzeitig die Gewährleistung des bestehenden Engagements, da diese Unterstützung angesichts der deutlichen Auswirkungen der internationalen Krise auf das Land umso wichtiger ist;
6. den Vorschlag einer wirtschaftlichen und politischen Partnerschaft mit Pakistan und die Einrichtung eines ständigen politischen Dialogs mit den Vertretern aller nationalen, kommunalen und stammespolitischen Kräfte in Pakistan;
7. die Unterrichtung der Versammlung über die militärische, sicherheitspolitische, politische, wirtschaftliche und soziale Lage in Afghanistan und über die von den europäischen Staaten im Rahmen der ISAF und der Europäischen Union in der Region getroffenen Maßnahmen.

EMPFEHLUNG 837³**betr. Europäischen gepanzerten Fahrzeugen: laufende Programme**

Die Versammlung:

- (i) in Anbetracht der Bedeutung des europäischen Marktes für gepanzerte Fahrzeuge für die Leistungsfähigkeit der europäischen Industrie, für die laufenden und die künftigen Aufträge sowie als Demonstration ihrer technologischen Anpassungs- und Innovationsfähigkeit;
- (ii) unter Betonung der entscheidenden operativen Rolle von Rad- und Kettenpanzern in europäischen militärischen Operationen, insbesondere in Afghanistan sowie bei UN-, NATO- und EU-Stabilisierungs- und Friedensmissionen;
- (iii) in der Erwägung, dass europäische Heerestechnik im Hinblick auf Leistung, technische und technologische Lösungen und den Schutz der beförderten Besatzung zur Weltspitze zählt;
- (iv) in der Erwägung, dass europäische Panzerfahrzeuge aller Kategorien amerikanischen Fahrzeugen gleichwertig oder überlegen sind, was der Entwicklung transatlantischer Synergien in diesem Bereich förderlich sein könnte;
- (v) in dieser Hinsicht eingedenk dessen, dass die Staaten Europas anstreben sollten, sich einen US-Markt für Verteidigungsgüter zu erschließen, der für die von europäischen Rüstungsunternehmen angebotenen Produkte und Lösungen offener ist;
- (vi) angesichts der derzeitigen Lage des Marktes, der Industrie und der Programme in der Erwägung, dass gemeinsame Programme für gepanzerte Fahrzeuge eigentlich nicht möglich sind;
- (vii) in Anbetracht dessen, dass die Rüstungsunternehmen in diesem Bereich entweder bei gemeinsamen Projekten untereinander kooperieren oder bei Plattformen, Systemen und Subsystemen in sich ergänzender Weise arbeiten und dabei auf den nationalen und internationalen Märkten wettbewerbsorientiert bleiben;
- (viii) in der Erwägung, dass die zwischenstaatliche Zusammenarbeit im Bereich der gepanzerten Fahrzeuge erfordert, dass operative Anforderungen zwischen den betreffenden europäischen Staaten abgestimmt und gemeinsame Grundnormen festgelegt werden;
- (ix) in Anbetracht dessen, dass diese beiden Aufgaben vorrangig von der Europäischen Verteidigungsagentur nach Absprache und in Zusammenarbeit mit den an der Agentur teilnehmenden EU-Mitgliedstaaten zu bewältigen sind;
- (x) in der Erwägung, dass die europäischen Staaten in der derzeitigen Wirtschaftskrise eine besondere Verantwortung haben, dafür Sorge zu tragen, dass die europäischen Heerestechnik-Unternehmen auch weiterhin von einer stabilen Auftragslage sowie von Finanzkrediten und Bürgschaften profitieren können, die sie in die Lage versetzen, die Folgen der internationalen Kreditknappheit zu bewältigen;
- (xi) unter Betonung der Tatsache, dass es auf europäischer Ebene bereits ein gewisses Maß an Konsolidierung in der Panzerfahrzeugindustrie gibt und dass die eine weitere Konsolidierung anstrebenden Staaten für die Erhaltung der personellen, technischen und technologischen Ressourcen in einem Maße Sorge tragen sollten, das ausreicht, um die technologische und industrielle Basis des europäischen Verteidigungssektors zu erhalten;

³ Von der Versammlung am 3. Juni 2009 (2. Sitzung) verabschiedeter Text.

(xii) in dieser Hinsicht eingedenk der großen Bedeutung von Investitionen in die Bildung und Ausbildung von Ingenieuren und Technikern sowie in technologische Innovationen im Zivil- wie im Verteidigungssektor, um den hohen europäischen Standard im Bereich von gepanzerten Fahrzeugen und anderer Heerestechnik angesichts heutiger und künftiger Konkurrenz aus den Vereinigten Staaten, Russland und anderen Ländern zu wahren;

(xiii) in der Erwägung, dass die europäischen Staaten in Erfüllung ihrer nationalen rechtlichen und der europäischen und internationalen Verpflichtungen hinsichtlich des Exports und der Weitergabe von Waffen darauf achten müssen, dass europäische Unternehmen gegenüber ihren Konkurrenten, die nicht denselben Beschränkungen unterliegen, nicht schlechter gestellt werden;

(xiv) in Anbetracht dessen, dass die beiden Richtlinien der Europäischen Kommission über die Beschaffung von Verteidigungsgütern und zur Weitergabe von Technologien einem transparenteren und flexibleren europäischen Markt förderlich sind;

(xv) in der Erwägung, dass es notwendig ist, auch spezifische Maßnahmen für kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) in diesem Bereich ins Auge zu fassen, um ihre besonderen Merkmale und ihre Abhängigkeit von großen Unternehmen im Bereich der Heeres-, Marine- und Luftwaffentechnik besser zu berücksichtigen;

(xvi) in der Erwägung, dass es parallel zu den Initiativen der Europäischen Verteidigungsagentur vor allem an den an ihr teilnehmenden Mitgliedstaaten ist, pragmatische Lösungen für Ausgleichsmaßnahmen in Verbindung mit Aufträgen für den Verkauf von Verteidigungsgütern in Europa zu vereinbaren –

empfiehlt, DASS DER RAT DER WESTEUROPÄISCHEN UNION UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION Folgendes unternehmen:

1. sie tragen dafür Sorge, dass europäische Heeresausrüster und Hersteller von gepanzerten Fahrzeugen weiterhin Nutzen aus einer stabilen, langfristig sicheren Auftragslage ziehen;
2. sie streben die Erschließung eines US-Marktes für Verteidigungsgüter an, der auf der Grundlage der Gegenseitigkeit für europäische Güter offen ist;
3. sie fördern durch geeignete steuerliche Anreize Investitionen in die Industrien der Heeres-, Marine- und Luftwaffentechnik;
4. sie tragen dafür Sorge, dass europäische Unternehmen aufgrund nationaler und europäischer Regelungen zum Export und zur Weitergabe von Verteidigungsgütern gegenüber ihren nicht-europäischen Konkurrenten auf dem internationalen Markt nicht schlechter gestellt werden;
5. sie ergreifen klare und pragmatische Schritte zur Vereinheitlichung der operativen Anforderungen und Grundnormen für Verteidigungsgüter, wobei sie messbare Vorgaben und einen genauen Zeitrahmen definieren;
6. sie wirken bei den Mitgliedstaaten darauf hin, für den europäischen Markt ein gemeinsames europäisches Konzept für Ausgleichsgeschäfte zu erarbeiten;
7. sie tragen dafür Sorge, dass der Verteidigungssektor infolge der internationalen Wirtschaftskrise keine nachhaltigen negativen Folgen zu tragen hat, und streben an, die Qualifikationen in diesem Sektor zu erhalten;

8. sie ergreifen Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass Europa weiterhin Ingenieure und Fachleute in ausreichender Zahl hervorbringt, um die technologische und industrielle Basis für europäische Verteidigungsgüter zu erhalten;
9. sie steigern auf nationaler und europäischer Ebene die Investitionen in Forschung, Entwicklung und technologische Innovation im zivilen und im Verteidigungssektor, um den Wettbewerbsvorsprung Europas auf dem internationalen Markt zu erhalten;
10. sie informieren die Versammlung fortlaufend über nationale, europäische und transatlantische Kooperationsprogramme zur Entwicklung und Beschaffung von Verteidigungsgütern.

Entschliessung 136⁴**betr. Die Aus- und Weiterbildung für die ESVP: die militärische Erasmus-Initiative**

Die Parlamentarische Versammlung,

- (l) unter Hinweis auf die am 3. Juni 2003 angenommene Empfehlung 724 über den Ausbau einer Sicherheits- und Verteidigungskultur in der ESVP;
- (li) in der Erkenntnis der Notwendigkeit, die Ausbildung des Militärpersonals der europäischen Staaten auf gemeinsame Werte und konvergente Ideen im Hinblick auf die erforderlichen Mittel und die Ziele einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungskultur zu stützen;
- (lii) erfreut darüber, dass es im zweiten Halbjahr 2008 der französischen EU- und WEU-Präsidentschaft gelang, ein Austauschprogramm in Anlehnung an das europäische Erasmusprogramm für junge Offiziere in einem frühen Stadium ihrer Ausbildung auf den Weg zu bringen;
- (liii) in der Erkenntnis, dass zur Fortsetzung dieses Programms, an dem sich die europäischen Staaten auf einer freiwilligen Grundlage beteiligen, eine politische und wirtschaftliche Unterstützung aller Unterzeichner erforderlich ist;
- (liv) in der Überzeugung, dass die ESVP-Einheiten insbesondere auf den menschlichen Faktor angewiesen sind, der logischerweise Vorrang vor Investitionen in die Ausrüstung haben sollte;
- (lv) in der Besorgnis über die kontinuierliche Verringerung der Größe des europäischen Verteidigungshaushalts, der von der Finanzkrise besonders betroffen ist;

FORDERT DIE IN DER PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG VERTRETENEN
NATIONALEN PARLAMENTE AUF

- 8. eingehendes Interesse für die Regierungsmaßnahmen für Ausbildungsmöglichkeiten für junge Offiziere zu zeigen, den parlamentarischen Prozess voll auszuschöpfen, um die Angelegenheit zu prüfen und sicherzustellen, dass Fortschritte erzielt werden;
- 9. die Aufmerksamkeit bei der Überprüfung des Haushalts auf die Bedeutung von Ausbildungsmöglichkeiten auf europäischer Ebene, die an eine ESVP-Entwicklung angeglichen und der Pflege einer authentischen gemeinsamen Kultur förderlich sind, und auf die Notwendigkeit der Finanzierung einer solchen Ausbildung zu richten;
- 10. sicherzustellen, dass die Wählerschaft angemessen über die Ausbildungsmöglichkeiten und Abschlüsse in Europa informiert ist, die dieses Austauschprogramm jungen Menschen bieten wird, wobei die Vorteile eines modernen Ausbildungsprogramms, das Ausbildungsabschlüsse vermittelt, für die auf dem Arbeitsmarkt eine Nachfrage besteht, betont werden sollten;
- 11. den kommunalen Behörden vorzuschlagen, dass sie sich an diesen Investitionen in die Wirtschafts- und Personalressourcen beteiligen, und dabei die Vorteile zu betonen, die ihnen aus der Beteiligung an einem Programm erwachsen, das durchaus zur Einrichtung von regionalen Exzellenzzentren führen kann.

⁴ Von der Versammlung am 3. Juni 2009 (3. Sitzung) verabschiedet.

Empfehlung 838⁵**betr. Die ESVP und die Zukunft der westlichen Balkanstaaten**

Die Parlamentarische Versammlung,

- (lvi) in Bekräftigung ihres Engagements für Frieden und Stabilität in der Region;
- (lvii) in der Erkenntnis, dass die westlichen Balkanstaaten eine bewegende Geschichte hinter sich haben, die bis heute in der Haltung der Völker und Regierungen in der Region tiefe Spuren hinterlassen hat;
- (lviii) unter ausdrücklichem Hinweis auf die unschätzbare Rolle, die die ESVP seit 2003 in der Region insbesondere im Hinblick auf die Erlangung von Sicherheit und Stabilität gespielt hat;
- (lix) in der tiefen Besorgnis über die Verschlechterung der politischen Lage in Bosnien und Herzegowina, den Umstand, dass die beiden Teilstaaten immer noch nicht in der Lage sind, eine Einigung über einige für das Überleben des Landes wichtige Kernthemen zu erzielen und im Hinblick auf die Gefahr der Abspaltung, die von den politischen Führern der Republika Srpska ausgeht;
- (lx) erfreut über den Fortschritt, der zwar langsam vonstatten geht, aber durch die Umsetzung der von dem Rat für die Umsetzung des Friedensprozesses (Peace Implementation Council - PIC) in Bosnien und Herzegowina vorgeschlagenen Reformen erfolgt, jedoch in der Besorgnis, dass es bei wichtigen Reformen wie denen im Polizeisektor immer noch keine Bewegung gibt;
- (lxi) unter Hinweis darauf, dass weiterhin die dringende Notwendigkeit besteht, Bosnien und Herzegowinas Verfassung zu überprüfen, um tragfähige staatliche Strukturen zu schaffen und das Land auf einen eindeutigen Kurs in Richtung europäischer und euro-atlantischer Integration zu setzen;
- (lxii) in der Besorgnis, dass Forderungen an Serbien gestellt werden, die es vielleicht nicht erfüllen kann, und in der Überzeugung, dass - um den serbischen Präsidenten und das Parlament zu pro-europäischen Politiken zu ermutigen – die EU die Visaregelung für Serbien verbessern und dem Land bei dem Umgang mit den Kosovoflüchtlingen auf seinem Hoheitsgebiet beistehen sollte;
- (lxiii) in Würdigung von Serbiens Zusammenarbeit mit dem EStGHJ und der Festnahme von Radovan Karadzic im Juli 2008, dem Kriegsverbrechen zur Last gelegt werden; mit Unterstützung für die Aktivierung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens (SAA) zwischen Serbien und der EU und auch von dem Wunsch geleitet, dass die bestehende Zusammenarbeit zwischen Serbien und EU-Mitgliedstaaten zur Festnahme zweier weiterer Kriegsverbrecher, Ratko Mladic und Goran Hadžic, führen wird;
- (lxiv) erfreut über die Tatsache, dass EULEX Kosovo, der bisher größte zivile ESVP-Einsatz der Europäischen Union, seine volle operative Stärke erreicht hat, und in der Besorgnis, dass die Behörden in Serbien und im Kosovo die Rechtmäßigkeit und Wirksamkeit von EULEX infrage stellen, aber in der Genugtuung darüber, dass Serbien seine Einwände durch legale und durch demokratische Mittel vorbringt;
- (lxv) in Würdigung des Berichts des VN-Generalsekretärs über die Mission der Vereinten Nationen im Kosovo vom November 2008, durch den die Billigung der Operation EULEX Kosovo unter der allgemeinen Führung und innerhalb des statusneutralen Rahmens der Vereinten Nationen durch den VN-Sicherheitsrat sichergestellt werden konnte;
- (lxvi) in der Erkenntnis, dass einige Länder einschließlich einiger EU-Mitgliedstaaten den Kosovo immer noch nicht als unabhängigen Staat anerkannt haben und dass auf EU-Ebene ein gemeinsamer Standpunkt betreffend die Anerkennung des Kosovo nicht unmittelbar absehbar ist;
- (lxvii) mit Hinweis auf Serbiens Ersuchen, seinen Fall dem Internationalen Gerichtshof der Vereinten Nationen vorzulegen, um die Rechtmäßigkeit der Umstände, unter denen der Kosovo seine Unabhängigkeit erklärte, überprüfen zu lassen;

⁵ Von der Versammlung am 3. Juni 2009 (3. Sitzung) verabschiedeter Text.

- (*lxviii*) in Würdigung von Albaniens und Kroatiens Mitgliedschaft in der NATO;
- (*lxix*) mit Besorgnis darüber, dass die zwischen Griechenland und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien unter Leitung der VN geführten Gespräche über den Namen der letzteren nicht zu einer für beide Seiten akzeptablen Lösung geführt haben und somit die Integration des Landes in die euroatlantischen Strukturen verhindern;
- (*lxx*) in der Besorgnis über den Grenzkonflikt zwischen Slowenien und Kroatien, der Kroatiens Fortschritt in Richtung auf eine EU-Mitgliedschaft behindert;
- (*lxxi*) in der tiefen Besorgnis über die negativen Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise auf die weitere Region der westlichen Balkanstaaten und insbesondere die Auswirkungen auf die wirtschaftliche, politische und soziale Lage in allen betroffenen Ländern;
- (*lxxii*) in der Besorgnis, dass die Staaten des westlichen Balkans bisher nicht in der Lage waren, die in der Region nach wie vor allgegenwärtige starke und weiter zunehmende Korruption zu verringern;
- (*lxxiii*) unter Hinweis auf die zunehmende Zurückhaltung auf Seiten einiger EU-Mitgliedstaaten, eine weitere Erweiterung der EU zuzulassen, was zu einer Neufestlegung der EU-Integrationspolitik für die Balkanstaaten führen wird, in deren Mittelpunkt bisher der EU-Beitritt der Länder in dieser Region stand;
- (*lxxiv*) in der Überzeugung, dass die Region von der EU nicht vernachlässigt werden darf, da durch ihre Balkanintegrationspolitik wichtige politische, wirtschaftliche und kulturelle Verbindungen geknüpft wurden, die seit beträchtlicher Zeit bestehen;

EMPFIEHLT DEM RAT DER WESTEUROPÄISCHEN UNION UND DEM RAT DER EUROPÄISCHEN UNION

12. die Fortsetzung der wertvollen Arbeit, die von der OHR/EUSR und durch den Einsatz der EUFOR Althea in Bosnien und Herzegowina geleistet wird, solange bis die politischen Führer des Landes die vom Rat zur Umsetzung des Friedensprozesses (PIC) vorgeschlagenen Ziele übernommen und die Bedingungen erfüllt haben und bis die politische Lage im Lande als stabil genug für die notwendige Verfassungsänderung erachtet wird, der später der Übergang der OHR in eine EUSR und die Neuaufstellung der EUFOR Althea folgt;
13. die Intensivierung ihrer Arbeit zur Knüpfung engerer Verbindungen zwischen der Republika Srpska, der Föderation von Bosnien und Herzegowina und der Zentralregierung, damit das Land eine größere Stabilität und Sicherheit erlangt und die Angst vor und der Druck nach einer Abspaltung der Republika Srpska abnimmt;
14. die dringende Aufforderung an die Behörden in Serbien und in Bosnien und Herzegowina, ihre konstruktive Zusammenarbeit mit dem IStGHJ fortzusetzen und die übrigen als Kriegsverbrecher Beschuldigten festzunehmen;
15. die Abschaffung der Bedingung, die derzeit Serbiens SAA mit der EU behindert, so dass die europäischen Bestrebungen des Landes und seines Volkes nicht von der Festnahme eines Mannes abhängig werden ;
16. die dringende Aufforderung an die Behörden in Serbien und dem Kosovo, die ungehinderte Ausübung des Mandats von EULEX Kosovo zu erlauben;
17. den Aufruf an EULEX Kosovo, Neutralität im Hinblick auf den Status des Kosovo zu wahren und gemäß EntschlieBung 1244 und dem Sechs-Punkte-Plan der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu handeln;
18. die Fortsetzung in einer Zeit der finanziellen Schwierigkeiten der Integrationspolitik für die westlichen Balkanstaaten, die bisher die Förderung der Sicherheit und Stabilität vor den Toren Europas zum Inhalt hatte;

19. die Fortsetzung der ESVP-Anwesenheit für in einigen Gebieten der Region unbestimmten Zeitraum und dabei eine zunehmend überwachende, anleitende und beratende Rolle einzunehmen;
20. die Ermutigung Griechenlands und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, sich auf eine für beide Seiten annehmbare Lösung für den lange währenden Namenskonflikt im Rahmen des von den VN geleiteten Prozesses zu einigen und die Beitrittsverhandlungen der letzteren voranzubringen;
21. die Ermutigung Sloweniens und Kroatiens, sich auf der Grundlage der jüngsten Empfehlungen des für die Erweiterung zuständigen Kommissars auf eine für beide Seiten annehmbare Lösung für ihren Grenzkonflikt zu einigen, um eine Wiederaufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen mit Kroatien zu ermöglichen.

EMPFEHLUNG 839⁶

betr. **Die Militäroperationen der Europäischen Union – Antwort auf den Jahresbericht des Rates**

Die Versammlung,

- (i) die Bemühungen der Europäischen Union im Rahmen ihrer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) in vollem Umfang unterstützend;
- (ii) in Anerkennung des Umfangs der Missionen, die im Rahmen der ESVP zur Beruhigung von Konflikten an verschiedenen Punkten auf der ganzen Welt durchgeführt werden;
- (iii) die internationalen und regionalen Organisationen bei ihren Bemühungen um die Schaffung von Stabilität und Sicherheit, z. B. in Bosnien und Herzegowina oder in Darfur und den angrenzenden Regionen, in vollem Umfang unterstützend;
- (iv) den wichtigen Beitrag der internationalen Gemeinschaft zum Schutz von Zivilisten in Konfliktgebieten und zur Herbeiführung dauerhafter Lösungen für humanitäre Krisen hervorhebend;
- (v) darüber hinaus die entscheidende Bedeutung der Herstellung der Rechtstaatlichkeit in diesen Gebieten hervorhebend;
- (vi) in Anerkennung der Bedeutung der Rolle der internationalen Gemeinschaft bei der Förderung der Rechtstaatlichkeit und Schaffung eines funktionierenden, stabilen und effektiven Rechtssystems und einer justiziellen Infrastruktur in Konfliktgebieten;
- (vii) ihre Unterstützung für den von den verschiedenen Konfliktparteien in der Republik Tschad und in der Region Darfur in Gang gesetzten Friedensprozess zum Ausdruck bringend;
- (viii) in der Erwägung, dass Europa nach Maßgabe der entsprechenden Entschließungen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen für die Beruhigung von Konflikten in Afrika, die Erhaltung des Friedens und den Schutz der Zivilbevölkerung mitverantwortlich ist;
- (ix) in Kenntnis der Schwierigkeiten während der Phase der Truppenaufstellung im Hinblick auf die Frage, ob eine ausreichende Zahl von Ländern gefunden wird, die Truppen und Ausrüstung zur Verfügung stellen;
- (x) darüber hinaus zur Kenntnis nehmend, dass bestimmte Nicht-EU-Mitgliedstaaten aus finanziellen Gründen Schwierigkeiten hatten, sich an der EUFOR-Mission zu beteiligen;
- (xi) darüber hinaus zur Kenntnis nehmend, dass manche Truppen aufgrund dieser finanziellen Schwierigkeiten ohne geeignete Ausrüstung in feindliche Regionen entsandt wurden;
- (xii) in Anerkennung der Tatsache, dass aufgrund des Beitrags der Nicht-EU-Mitgliedstaaten die notwendigen Vorkehrungen für die erfolgreiche Durchführung der militärischen Überbrückungsoperation der EU in der Republik Tschad und der Zentralafrikanischen Republik (EUFOR TCHAD/RCA) getroffen werden konnten;
- (xiii) in der Erwägung, dass der ATHENA-Mechanismus im Hinblick auf die Finanzierung nicht mehr ausreicht, insbesondere bei Missionen, die die Entsendung mehrerer Tausend Soldaten für einen unbestimmten Zeitraum beinhalten;
- (xiv) zur Kenntnis nehmend, dass der ATHENA-Mechanismus nur die allgemeinen Kosten der EUFOR-Mission in Höhe von unter 120 Millionen Euro und somit nur einen Bruchteil der auf über eine halbe Milliarde Euro veranschlagten Gesamtkosten der Mission trägt;
- (xv) in der Erwägung, dass die Europäische Union bei ihren Beratungen über den Aufbau einer strategischen Partnerschaft mit Afrika mittel- und langfristige Vorstellungen entwickeln muss, die mit dem gleichzeitigen Einsatz ihrer wirtschaftlichen und rechtlichen sowie ihrer zivilen und militärischen Krisenmanagementinstrumente vereinbar sind;

⁶ Von der Versammlung am 4. Juni 2009 (4. Sitzung) verabschiedeter Text.

(xvi) in der Erwägung, dass vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit EUFOR RD CONGO und EUFOR TCHAD/RCA eine Überprüfung der Grundsätze, Strukturen und Mechanismen der operativen Planung, Aufstellung von Streitkräften und der Durchführung und Finanzierung von zivilen und militärischen Krisenmanagementoperationen vor allem im Hinblick auf Operationen in Afrika dringend geboten ist;

(xvii) in der Erwägung, dass die Regierungen der Mitgliedstaaten sich vor einem Beschluss über die Einleitung einer militärischen Krisenmanagementoperation im Rahmen der EU oder der NATO enger mit ihren nationalen Parlamenten abstimmen müssen, um die Ziele der Mission und die Einsatzbedingungen (Einsatzregeln) angesichts unterschiedlicher nationaler Interessen und Prioritäten besser festlegen zu können,

EMPFIEHLT DEM RAT DER WESTEUROPÄISCHEN UNION UND DEM RAT DER EUROPÄISCHEN UNION,

22. die Maßnahmen der Mission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik und in Tschad (MINURCAT II) und der internationalen humanitären Organisationen in Darfur und den angrenzenden Regionen aktiv zu unterstützen;
23. sich auf nationaler Ebene sowie auf Ebene der EU und der NATO für die Entwicklung und Stärkung der Interventions- und Unterstützungskapazitäten der europäischen Streitkräfte einzusetzen, vor allem in Bezug auf Verlegefähigkeit, Mobilität, Logistik, Waffensysteme, Interoperabilität und Multinationalität und insbesondere im Rahmen der Berlin-Plus-Vereinbarungen;
24. enge Beziehungen zu den Vereinten Nationen zu unterhalten, damit die Europäische Union schnell reagieren kann, sobald eine Vereinbarung über die Einleitung einer Friedenserhaltungsmission getroffen wird;
25. dafür zu sorgen, dass die EU-Mitgliedstaaten und Nichtmitgliedstaaten, die Truppen zur Verfügung stellen möchten, während der Truppenstellerkonferenzen über die für eine bestimmte Operation erforderliche Ausrüstung in Kenntnis gesetzt werden;
26. dafür zu sorgen, dass – soweit praktikabel – die nationalen Parlamente nunmehr vor einer Entscheidung zur Einleitung einer militärischen Krisenmanagementoperation befragt und über diesbezügliche Fortschritte regelmäßig unterrichtet werden;
27. die Entwicklungen hinsichtlich der Flüchtlingssituation in der Region Darfur zu beobachten und zum Aufbau einer Versorgungs- und Kommunikationsinfrastruktur beizutragen, die Flüchtlinge zur Rückkehr in ihre Heimatdörfer bewegen würde;
28. das MINURCAT II-Kommando aufzufordern, die Erfahrungen von EUFOR zu nutzen und im Hinblick auf die Kommunikation mit den Bewohnern der Dörfer und Flüchtlingslager die gleiche Vorgehensweise zu verfolgen und eine sichtbare und beruhigende Präsenz vor Ort zu gewährleisten;
29. Vorschläge für die schnelle Reform der ATHENA-Finanzierungsmechanismen für militärische Krisenmanagementoperationen der Europäischen Union zu erarbeiten, um zumindest eine finanzielle Beteiligung seitens aller an der Entscheidung über die Einleitung einer Operation beteiligten Staaten zu gewährleisten;
30. vor dem Hintergrund der großen Schwierigkeiten während der Phase der Truppenaufstellung die Grundsätze für die Auswahl des Rahmen gebenden Staates und seine Rolle zu überprüfen;
31. die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um dafür zu sorgen, dass die Europäische Union wirklich permanente und reaktionsfähige operative Planungs- und Kommandokapazitäten erwirbt;
32. die Versammlung über den Status von EU- und NATO-Krisenmanagementoperationen, die eine Entsendung der nationalen Streitkräfte der WEU-Mitgliedstaaten beinhalten, regelmäßig zu unterrichten.

EMPFEHLUNG 840⁷**betr. Die Rolle der Europäischen Union bei der Bekämpfung der Seeräuberei**

Die Parlamentarische Versammlung,

(*xviii*) unter Hinweis auf die Zunahme der seeräuberischen Handlungen und bewaffneten Raubüberfälle im Golf von Aden und vor der Küste Somalias im Jahr 2008 und der Gefahr, die davon für die an Somalia im Rahmen des Welternährungsprogramms gelieferte Nahrungsmittelhilfe und für den internationalen Handel ausgeht;

(*xix*) in der Erkenntnis, dass der somalische Staat zu schwach ist, wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Seeräuberei zu ergreifen;

(*xx*) unter Hinweis darauf, dass auf internationaler Ebene ein Rechtsvakuum im Hinblick darauf besteht, Seeräuber gerichtlich zu belangen;

(*xxi*) in Würdigung des Umstandes, dass die internationale Gemeinschaft als Ganzes sich des Ausmaßes dieses Problems bewusst geworden ist, sodass in Zusammenarbeit mit Somalia und Kenia ein rechtlicher Rahmen für Maßnahmen geschaffen und Maßnahmen im Seeverkehr zur Bekämpfung der Seeräuberei organisiert werden können;

(*xxii*) erfreut nicht nur über die zahlreichen Marineoperationen, an denen sich neben der Taskforce 150 und 151 auch eine Reihe von Drittländern wie China, Russland, Japan und Indien beteiligt, sondern auch über die Seepatrouillen und Aktivitäten zur Bekämpfung der Seeräuberei der NATO in diesem Gebiet;

(*xxiii*) in Würdigung des Erfolgs der Marineoperation der Europäischen Union (EUNAVFOR Somalia – Atalanta), die einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Seeräuberei geleistet hat:

- durch das Organisieren von Patrouillen und des Begleitschutzes im Golf von Aden;
- durch die Anwesenheit von Vertretern der Schiffseigner im Operationshauptquartier in Northwood ;
- durch Einrichtung einer Internetseite, auf der Kriegsschiffe einen Informationsaustausch in Realzeit führen können;

(*xxiv*) in dem Bedauern jedoch, dass die Interoperabilität zwischen den an den Maßnahmen zur See Beteiligten zu wünschen übrig lässt;

(*xxv*) in der Erwägung der Notwendigkeit eines umfassenden Ansatzes für den Informationsaustausch zwischen all den betroffenen Akteuren;

EMPFIEHLT DEM RAT DER WESTEUROPÄISCHEN UNION UND DEM RAT DER EUROPÄISCHEN UNION

33. sicherzustellen, dass alle Seestreitkräfte durch die Einrichtung einer ständigen Planungskonferenz aller Streitkräfte, die an Maßnahmen zur Bekämpfung der Seeräuberei in der Region beteiligt sind, koordiniert werden;

34. die Verbesserung des Kommunikationssystems mit Drittländern, die an den Einsätzen teilnehmen, und die Nutzung einer vom Operationshauptquartier in Northwood eingerichteten Internetseite für den Informationsaustausch in Realzeit;

35. die erhebliche Erhöhung der Anzahl der Sicherheitsteams (onboard protection teams - OPT) an Bord durchfahrender Schiffe;

36. die Einrichtung einer Abteilung zur chirurgischen Betreuung auf einer der Fregatten der Taskforce;

⁷ Von der Versammlung am 4. Juni 2009 (4. Sitzung) verabschiedeter Text.

37. die Verstärkung der Luftraumüberwachung zur See durch die Nutzung anderer Stützpunkte und mit Unterstützung anderer Länder, die sich an der Bekämpfung der Seeräuberei beteiligen;
38. Bereitstellung einer laufenden Unterstützung für die Durchführung des Seeverkehrs;
39. die Einsetzung in Zusammenarbeit mit dem Sekretariat des Rates der EU und der Generaldirektion Justiz, Freiheit und Sicherheit der EU einer Studiengruppe für Rechtsfragen, damit die Mitgliedstaaten die Umsetzung von Rechtsvorschriften in Erwägung ziehen können, durch die alle EU-Mitgliedstaaten eher in die Lage versetzt werden, aufgegriffene Seeräuber strafrechtlich zu verfolgen;
40. die Einsetzung eines Teams für Rechtsfragen, das nach Kenia entsandt wird, um bei der strafrechtlichen Verfolgung Unterstützung zu leisten, und die Würdigung des Umstandes, dass die kenianische Regierung in diesem Zusammenhang die Verantwortung übernimmt;
41. die Unterstützung der von der Kommission getroffenen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Somalia und die Küstenstaaten Zugang zu Rechtsprechungsorganen, die für die Anklage aufgegriffener Seeräuber zuständig sind, und zu einer Küstenwache haben;
42. die Beteiligung an der Ausarbeitung eines Fischereiabkommens und der Überwachung von Somalias ausschließlicher Wirtschaftszone, um die illegale Fischerei abzuschaffen;
43. die Beteiligung an dem Aussöhnungsprozess, um in Somalia die Rechtsstaatlichkeit herzustellen;
44. die Aufforderung an jene Länder, die sich an den Einsätzen zur Bekämpfung der Seeräuberei beteiligen und nicht über die rechtlichen Möglichkeiten verfügen, mutmaßliche Seeräuber strafrechtlich zu verfolgen, Auslieferungsabkommen mit den anderen Mitgliedstaaten zu unterzeichnen;
45. die Erklärung ihrer unumstößlichen Bereitschaft, das Mandat der EUNAVFOR Somalia-Operation (das ursprünglich vom 13.12.2008 bis 13.12.2009 vorgesehen war) im Einklang mit den einschlägigen Resolutionen des VN-Sicherheitsrats zu verlängern, sollten die Umstände dies erfordern.

Empfehlung 841⁸**betr. Eine raumfahrtbezogene Lageerkennung**

Die Versammlung,

(xxvi) in Würdigung, dass die Europäische Union in Zusammenarbeit mit der Europäischen Welt-
raumagentur (ESA) einen wichtigen Beitrag zur Bereitstellung raumgestützter öffentlicher Dienstleis-
tungen und insbesondere des weltweiten Positionssystems Galileo und des GMES (Globale Umwelt-
und Sicherheitsüberwachung) leistet;

(xxvii) unter Hinweis darauf, dass ESA ihre Rolle als weltweiter Akteur und zuverlässiger Partner in
der internationalen Zusammenarbeit behauptet hat und dass in Ergänzung der ESA-Aktivitäten zu-
nehmend nationale Programme entworfen werden, um den Interessen Europas insgesamt besser ge-
recht werden zu können;

(xxviii) unter Hinweis darauf, dass diese Programme ein greifbarer Beweis für die Entschlossenheit
der EU sind, ein wichtiger Akteur im Weltraum zu sein, ihre Autonomie zu behaupten und vor allem
die herausragenden Kenntnisse und das Fachwissen in diesem Sektor zu zeigen;

(xxix) in Würdigung des ESA-Ratsbeschlusses vom November 2008 zur Einsetzung eines Vorberei-
tungsprogramms als Teil des Projekts zur raumfahrtbezogenen Lageerkennung (SSA);

(xxx) unter Hinweis darauf, dass ESA zufolge das Ziel der SSA-Initiative darin besteht, einen Bei-
trag zum Schutz der europäischen Weltraumsysteme und insbesondere jener Systeme zu leisten, die
mit den operativen Diensten verbunden sind, deren Verfügbarkeit durch das Programm aufgrund der
schnellen Bereitstellung verlässlicher Informationen über das Weltraumumfeld, über Bedrohungen
und für die nachhaltige Nutzung des Weltraums gewährleistet sein wird;

(xxxi) unter Hinweis darauf, dass die raumfahrtbezogene Lageerkennung (SSA) als eine umfassende
Kenntnis des Objektbestands im Weltraum, des Weltraumumfelds und der bestehenden Risiken und
Bedrohungen festgelegt ist;

(xxxii) unter Hinweis darauf, dass das SSA-Programm und der Weltraumsektor insgesamt ein grund-
legender Bestandteil der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sind und dass die Welt-
raumsicherheit für die Europäische Sicherheit im Allgemeinen von wesentlicher Bedeutung ist;

(xxxiii) unter Hinweis darauf, dass die USA, die mit Abstand führend in diesem Bereich sind, laufend
die Weltraumparameter und -identitäten der meisten Satelliten verbreiten und Europa den Zugang zu
einer Fülle von Informationen gewähren;

(xxxiv) in der Erwägung, dass trotz der anscheinenden Fülle und Genauigkeit der amerikanischen
Daten Europa seine Souveränität in diesem strategischen Sektor nicht preisgeben sollte;

(xxxv) unter Hinweis drauf, dass das SSA-Programm Europa in die Lage versetzen wird, die inter-
nationale Zusammenarbeit zu fördern und mit anderen Weltraumakteuren auf Augenhöhe zu verhan-
deln und dabei die friedliche Nutzung des Weltraums durch die unabhängige Überwachung der Ein-
haltung der jeweiligen Verträge und Übereinkünfte zu unterstützen;

(xxxvi) unter Hinweis darauf, dass das SSA-Programm zum Schutz der europäischen Weltraumsys-
teme und zwar insbesondere jener beitragen sollte, die für die operativen Dienste wichtig sind, dass es
Verteidigungsanwendungen durch die Nutzung von Systemen mit doppeltem Verwendungszweck
bieten sollte und dass es schließlich die allgemeinen Wirtschaftsaussichten für die Nutzung des Welt-
raums fördern und somit den Zielen von Lissabon dienen wird;

⁸ Von der Versammlung am 4. Juni 2009 (4. Sitzung) verabschiedeter Text.

(xxxvii) in der Erwägung, dass die Abhängigkeit Europas von raumgestützten Betriebsmitteln - die wahrscheinlich kurzfristig noch größere Bedeutung erlangen werden - besorgniserregend ist, da jede Schließung selbst eines Teils der Weltrauminfrastruktur erhebliche Folgen für die Sicherheit der Bürger und die Wirtschaftsaktivitäten haben und auch die Organisation der Notfalldienste erheblich beeinträchtigen könnte;

(xxxviii) unter Hinweis darauf, dass Europa – sollte es sich schließlich zur Einrichtung eines solchen SSA-Programms entschließen – dies im Dialog und in Zusammenarbeit mit seinen Verbündeten und Partnern und insbesondere den USA tun sollte;

EMPFIEHLT DEN RÄTEN DER WESTEUROPÄISCHEN UNION UND DER EUROPÄISCHEN UNION SOWIE INSBESONDERE DEN MITGLIEDSTAATEN DER EUROPÄISCHEN WELTRAUMAGENTUR

46. sicherzustellen, dass ein ausführlicher Dialog und eine uneingeschränkte Zusammenarbeit mit den USA stattfinden werden, sobald innerhalb des Vorbereitungsprogramms zur raumfahrtbezogenen Lageerkennung (SSA) ein Konsens über die Führung und die Datenpolitik erzielt wurde;

47. eine Prüfung der zahlreich vorhandenen Beispiele der Zusammenarbeit – insbesondere zwischen der EU und der NATO oder zwischen Europa und der US-Luftwaffe –, die als Vorbild für die Organisation einer wirksamen und gegenseitig nutzbringenden Zusammenarbeit dienen könnten, die im Weltraumsektor bisher einmalig wäre;

48. zu gewährleisten, dass eine solche Zusammenarbeit während des dreijährigen SSA-Vorbereitungsprogramms mit dem Ziel eingeleitet wird, am Ende dieses Zeitraums ein konkretes Projekt vorweisen zu können;

49. die Vermeidung einer doppelten Ausstattung und deren Einsatz in den technischen Systemen, die entsprechend der Vorgehensweise bei den Wettersatelliten, wo beide Seiten vereinbart haben, ergänzende Bereiche abzudecken, vollkommen getrennt voneinander sein werden;

50. sicherzustellen, dass das überaus wichtige politische Thema der Einigung darauf, welche Daten verbreitet werden dürfen, noch vor dem Beginn einer Zusammenarbeit geklärt wird;

51. zu gewährleisten, dass vorhandene nationale und ESA-Kapazitäten dem Programm zur Verfügung gestellt werden;

52. die Befolgung der Empfehlungen der französischen Weltraumagentur CNES betreffend die Inhalte, über die das europäische SSA-Programm idealerweise verfügen sollte;

53. die Ermutigung zur Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland bei den GRAVES- und TIRA-Sensoren, die grundlegende Bestandteile des europäischen Programms sind.

